

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1933

21.2.1933 (No. 52)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.50 RM. Frei im Land 2.30 RM. bei der Geschäftsstelle abgeholt, 2.00 RM. durch die Post (einwöchentlich 35 Pf. Wochenscheine) zuzahl. 45 Pf. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf. Samstag und Sonntag 15 Pf. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei / 71. Jahrgang

Ercheim 7mal wöchentlich als Morgenz Zeitung. Die Seite, aus der inoffiziellen Welt, Sportbeilage, Jugend und Volk, Simons in die Welt, Industriezeitung, Die Bildschau, Geschäftsstelle, Redaktion und Verlag: Karlsruhe, Steinstr. 17-21, Fernsprecher: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237. Postabnahme: Beobachter, Postfach 4844. Für unerreichte Manuskripte ohne Rückporto und genaue Abänderung auf dem Manuskript wird keinerlei Gewähr übernommen.

Anzeigenpreis: Die 10gehaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenzeit 10 Pf., andwärts 12 Pf., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pf., die Spalte 87 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenzeit 60 Pf., Rabatt nach Tarif. Bei Anzeigen in fremden Sprachen, zwingender Eintragung oder Anzeigen kommt der Rabatt in Frage. Schluss der Anzeigenannahme 5 1/2 Uhr. — Satzungsart und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Nr. 52

Dienstag, den 21. Februar

1933

Wie war es eigentlich?

Dr. Sch. Berlin, 20. Febr. (Eigener Drahtbericht.)

Während die größeren nationalsozialistischen Zeitungen die Aufhebung der Massenverbote von Zentrumsbüchern im großen und ganzen ohne eigene Stellungnahme mitteilen, haben einzelne deutschnationale Zeitungen wieder einmal eine günstige Gelegenheit gesehen, den Wählern Dinge mitzuteilen, die durch die Tatsachen ganz und gar nicht begründet sind. Das Zentrum habe sich entschuldigt, erklären sie, es habe einen Skandala-Gang angetreten und der nationalsozialistische preußische Innenminister Göring habe Gnade für Recht ergehen lassen. Die rechtsstehende „Deutsche Zeitung“ teilt sogar mit, es sei anzunehmen, daß Göring den beiden Wittstern gründlich die Wahrheit gesagt habe. Derartige Feststellungen und Mitteilungen gehen nach unseren Informationen völlig fehl. Wir glauben zu wissen, daß sich die Verhandlungen im großen und ganzen so abgespielt haben, wie sie im „Deutschen“, dem Organ der christlichen Gewerkschaften dargestellt werden. Dort heißt es unter anderem: „Die Führer der katholischen Verbände, beziehungsweise der Zentrumspartei haben lediglich zum Ausdruck gebracht, daß die Verfassung des Auftrages in seiner Weise eine Verleumdung oder böswillige Verächtlichmachung der Reichsregierung beabsichtigt hätten. Derartige würde der katholischen Auffassung und auch dem staatspolitischen Verantwortungsgefühl des Zentrums nicht entsprechen. Göring ist zunächst mit dieser Erklärung nicht zufrieden gewesen, er forderte eine Zurücknahme der beanstandeten scharfen Formulierungen mit dem Ausdruck des Bedauerns, in der Kritik gegenüber der Reichsregierung zu weit gegangen zu sein.“

Dieses Bedauern wurde ebenso wie jede Entschuldigung abgelehnt. Daraufhin wurde davon abgesehen, zu den einzelnen im Anruf enthaltenen Sätzen eine besondere Erklärung abzugeben. „Um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als habe das Zentrum durch seinen Generalsekretär Bodel und des früheren Reichsfanzlers Dr. Marx mit dem preußischen Innenminister eine günstige Chance preisgegeben, weisen wir in diesem Zusammenhang noch darauf hin, daß die ganze Aktion durchaus nicht etwa dem Zentrum allein ausgegangen ist. Wahrgenommen wurde die Regierung stellen sollen vielmehr ein starkes Interesse an der Rückgängigmachung der Nichtdurchführung der Verbote gehabt haben. Wer also nachgegeben hat, ersieht man daraus mit der wünschenswerten Deutlichkeit.“

Im übrigen ist es ganz bezeichnend, daß der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Gronowski, der sich als aufrichter Mann gegen die Zeitungsverbote gewehrt hat, nun doch beurlaubt worden ist, obwohl die Verbote von der Regierung selbst rückgängig gemacht worden sind.

Auch die „Münchener Neuesten“ sollen verboten werden

Dr. Sch. Berlin, 20. Febr. (Eigener Drahtbericht.)

Wie wir hören, hat das Reichsinnenministerium an die bayrische Regierung das Eruchen gestellt, die „Münchener Neuesten Nachrichten“ für die Dauer von drei Tagen zu verbieten. Die bayrische Regierung hat, wie uns mitgeteilt wird, das Eruchen des Reichsinnenministeriums abgelehnt und den zuständigen Senat des Reichsgerichts um Entscheidung angerufen.

Es geschehen Zeichen und Wunder!

An den Anschlagssäulen in Königsberg befestigt ein nationalsozialistisches Flugblatt mit der Ueberschrift: „Zwei Millionen gestohlen“. In diesem Flugblatt werden schwere Vorwürfe gegen den preußischen Ministerpräsidenten Braun und den preußischen Innenminister Severing erhoben. Braun und Severing haben nunmehr eine einstweilige Verfügung gegen dieses Flugblatt erwirkt. In der Verfügung heißt es: Den Antraggegnern wird bei Vermeidung einer Geldstrafe in unbefristeter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten unterlagt, die Behauptungen zu verbreiten:

1. daß die Antragsteller, also Braun und Severing, zwei Millionen aus dem Staatsäckel gestohlen hätten.
2. daß die Antragsteller mit zwei Millionen, die sie dem notleidenden Volke abgepreßt haben, die Freiheitsbewegung Adolf Hitlers bekämpft hätten.
3. daß die Antragsteller Landesverräter seien.
4. daß die Antragsteller selber des Volkes beruntert hätten.
5. daß sie sämtliche Protokolle beseitigt hätten.
6. daß sie rote Parasiten seien.

Den Antraggegnern wird aufgegeben, das von ihnen am 18. Februar an den Anschlagssäulen veröffentlichte Plakat mit der Ueberschrift: „Zwei Millionen gestohlen“ unverzüglich zu entfernen. Auch der politische Kampf müsse die persönliche Ehre des Gegners achten. Es entspreche nicht der Billigkeit des Wahlkampfes, dem politischen Gegner nicht einwandfreie Behauptungen nachzusagen. Das Gesetz schütze die Ehre des Staatsbürgers und die einstweilige Verfügung sei berechtigt, um die Interessen der Angegriffenen gründlich und sofort vertreten zu können.

Verbot der Reichsbannerzeitung abgelehnt

Wie die Pressestelle des Reichsbanners mitteilt, hat das Reichsgericht auf Grund der Beschwerde des Reichsbanners das zweiwöchige Verbot der Bundeszeitung „Das Reichsbanner“ auf eine Woche abgelehnt. Die Zeitung erscheint mit sofortiger Wirkung wieder.

Zur Personalpolitik in Preußen

Die rechtsstehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt zur Personalpolitik des kommissarischen preußischen Innenministers Goering folgende kritische Bemerkungen an:

„Wenn es auch gelungen ist, die Ernennung des jugendlichen Grafen Selldorf zum Polizeipräsidenten von Berlin zu verhindern, und wenn der hochbewährte Polizeipräsident Dr. Melcher, wahrscheinlich zu seiner persönlichen Freude, Oberpräsident der Provinz Sachsen wurde, so bestehen gegen den auf diesem entscheidenden Posten vollzogenen Wechsel doch erhebliche Bedenken, ein so hervorragender Front- und Admiralstabsoffizier Herr Admiral v. Leberow auch gewesen ist. Um aus der Fülle der anderen Ernennungen nur noch einige herauszugreifen: die Ablösung des Dortmunder Polizeipräsidenten Jörgesbel und seine Ersetzung durch einen Nichtfachmann ist nicht verständlich. Herr Jörgesbel hat sich als Polizeipräsident von Köln während des Ruhrkampfes und als Polizeipräsident von Berlin, insbesondere am 1. Mai 1929, als ein unerprobter, tapferer und pflichttreuer Beamter erwiesen und hatte inzwischen ausgezeichnete Hochkenntnisse auf allen Gebieten seines Amtes erworben. Aber auch ein Mann wie der sozialdemokratische Polizeipräsident Wende in Waldenburg, der in schärfstem Kampfe gegen die staatsfeindliche kommunistische Partei hervorragende Erfolge erzielt hat, braucht nicht beurlaubt zu werden. Solcher Fälle gibt es mehr. Unter den in den Ruhestand versetzten Beamten befinden sich zum Teil auch schwache Kräfte, um die es nicht schade ist. Aber es ist nicht richtig, daß es sich ausschließlich um „Bonzen“ gehandelt habe. Bedenken aber erweckt vor allem die Auswahl der Nachfolger. Mit wenigen Ausnahmen, wie im Falle des Landrates

Sarrazin, handelt es sich um Außensteiter, um Offiziere, Volksschullehrer, Postbeamte, Gutsbesitzer und so fort. Sollen in dem riesigen Arsenal der preußischen Verwaltung nicht genügend Berufsbeamte vorhanden sein, die sich als politische Vertrauensmänner der neuen Regierung ebenso gut eignen, und liegt in dieser Form der Stellenbesetzung nicht ein Widerspruch gegen frühere programmatische Ankündigungen gerade auch der Nationalsozialistischen Partei? Auf alle Fälle dürften die neuen Beamten gewisse Schwierigkeiten mit der Einarbeitung in die verwickelte Verwaltungsmaterie haben, und ein mehrwöchiger Ausbildungskursus in Berlin wird für viele nicht zu umgehen sein.“

Ein Kommentar zu diesen Ausführungen der „DAB“ erübrigt sich!

Alkoholverbot in Amerika gefallen

Das Repräsentantenhaus hat am Montag Abend mit Zweidrittelmehrheit die vom Senat bereits genehmigte Pläne-Vorlage ebenfalls angenommen, womit die Aufhebung des Alkoholverbots in Amerika beschlossen ist. Die Pläne-Vorlage sieht vor: 1. Widerruf des 18. Verfassungszusatzes (Alkoholverbot), 2. Ratifizierung dieses Widerrufs nicht durch die Parlamente der Einzelstaaten, sondern durch für diesen Zweck besonders einberufene Konvente der einzelnen Staaten und 3. Bundeschutz für solche Bundesstaaten, die an dem Alkoholverbot weiter festhalten. Die Vorlage muß innerhalb von sieben Jahren von wenigstens 36 Bundesstaaten ratifiziert werden.

An die alten Frontsoldaten!

Ein ehemaliger Kompagnieführer schreibt der „N. B.“:

Noch niemals in der deutschen Geschichte ist das deutsche Volk in seiner Mehrheit von Parteien, die sich „national“ nennen, so übel geschmäht und beleidigt worden wie jetzt. Am bittersten wird diese Kränkung empfunden von denen, die im Kriege in treuer Pflichterfüllung gekämpft und geblutet haben, die sich aber, im Bewußtsein und Gefühle ihrer Volkverbundenheit, nicht den die Volksgemeinschaft zerschneidenden Verbänden des Stahlhelms oder gar der Hitlerpartei angeschlossen haben. Ihre Zahl ist größer als mancher, der die Aufmärsche jener Verbände nicht kritisch genug beobachtet, annimmt Selbst der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Düfflerberg, kann diese Tatsache nicht leugnen, indem er vor der Berliner Stahlhelmguppe erklärte:

„... Wir im Stahlhelm wissen und werden es nicht vergessen, daß auch in den margistischen Parteien ebenso wie im Zentrum es Hunderttausende von alten Frontsoldaten gibt, die draußen vor dem Feinde in hervorragender Weise einst ihre Pflicht getan haben, Männer, die durch den Kriegsausbruch ihrer innersten Weltanschauung entfremdet wurden. Vielen haben die vergangenen 14 Jahre mit ihren Enttäuschungen, Not und Arbeitslosigkeit die Augen geöffnet. Es ist peinlich, wenn ausgesprochene Dürckberger und Jugendliche, die während des Weltkrieges noch in den Windeln lagen oder die Schulbank drückten, ausgerechnet über mangelnde Vaterlandsliebe dieser Männer sich öffentlich Urteile erlauben.“

Als wir in zähem Kampfe jahrelang im Schützengraben ausharrten, da drückte die Mehrheit der heute in Gruppenkolonnen umherziehenden Nationalsozialisten und nicht unerhebliche Teile des „Bundes der Frontsoldaten Stahlhelm“, nämlich der Jungstahlhelm, noch oder noch nicht einmal die

Die extremen Parteien sind in Deutschland nicht regierungsfähig. Das ist weder praktisch noch theoretisch möglich.

Bismarck

Schulbank. Darum, Frontsoldaten, zeigt, daß ihr auch noch da seid! Bekennet euch offen zu der Partei, die zwar oft geschmäht und verdächtigt wurde, die sich aber nie, im Krieg wie im Frieden, ganz besonders aber in des Vaterlandes schwerster Zeit, ihrer Pflicht gegen Volk und Vaterland entzogen hat, wie gewisse Parteien, die zweckbewußt und aus Eignung jede Aufbauarbeit gestört und erschwert haben. Zeigt auch öffentlich, daß ihr eben so gut und besser als mancher, der heute auf Grund seines Hakenkreuzabzeichens auf ein Wästelchen hofft, in vorderster Linie euren Mann gestanden habt. Darum eine Bitte: Tragt eure Kriegsauszeichnungen und Verwundetenabzeichen nicht nur wie bisher bei festlichen Gelegenheiten, sondern täglich, damit klar und offenkundig werde, daß jene Schreier sich zu Unrecht als einzig „national“ bezeichnen. Könnt ihr dem aufdringlichen und herausfordernden Hakenkreuz besser auftrumpfen als mit dem schlichten schwarzweißen Band oder Kreuz oder dem Verwundeten-Abzeichen, die keine Parteiabzeichen, sondern Zeichen aufopfernder Vaterlandsliebe sind? Manchen Gernegroß könnt ihr damit beschämen, manchen Schwankenden überzeugen, wo wirklich nationale Gesinnung und Opfergeist wohnen.

Am Herrn von Schleicher

Wir erfahren zuverlässig, daß Schleicher an einem der ersten Tage nach der Regierungsübernahme Hitler einen Abschiedsbesuch gemacht, der dreiviertel Stunden gedauert hat und von Außenstehenden als Aussprache zwischen den beiden Männern gewertet wird. In Schleicher nachstehenden Kreisen wird freilich keine Auffassung dahingehend gekennzeichnet, daß das Kabinett in seiner derzeitigen Zusammensetzung in längstens drei bis vier Monaten an inneren Gegensätzen gescheitert sein werde, und man rechne für diesen Fall damit, daß Schleicher, der zur Zeit bereits sehr aktiv sein soll, wieder eine führende Rolle übernehmen wird. Diese Meinung werde auch von einigen maßgebenden Führern der Freien Gewerkschaften geteilt. Mit auf die Einwirkungen dieser ganzen Kreise, die in der Erwartung eines baldigen Regierungswechsels oder wenigstens „umbauscharfe aggressive Aktionen gegen die derzeitige Regierung für unzumutbar halten, ist zurückzuführen, daß die innerhalb des sozialdemokratischen Parteiaussschusses aufgetauchten Anregungen eines Zusammengehens mit den Kommunisten vor allem seitens der Gewerkschaften abgelehnt worden sind.

Göring an die preussische Polizei

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, an alle Polizeibehörden folgenden Minderlaß gerichtet:

Ich glaube, mir einen besonderen Hinweis darauf ersparen zu können, daß die Polizei auch nur den Anschein einer feindseligen Haltung oder gar den Eindruck einer Verfolgung gegenüber nationalen Verbänden (M. S. S. und Stahlhelm) und nationalen Parteien unter allen Umständen zu vermeiden hat. Ich erwarte vielmehr von sämtlichen Polizeibehörden, daß sie zu den genannten Organisationen, in deren Kreisen die wichtigsten staatsaufbauenden Kräfte enthalten sind, das beste Einverständnis herstellen und unterhalten. Darüber hinaus ist jede Betätigung für nationale Zwecke und die nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen. Von polizeilichen Beschränkungen und Auflagen darf insoweit nur in dringenden Fällen Gebrauch gemacht werden. Dafür ist dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Gegen kommunistische Terrorakte und Ueberfälle ist mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schusswaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schusswaffengebrauchs von mir gedeckt. Wer hingegen in falscher Rücksichtnahme verlagert, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.

Der Schutz, der immer wieder in ihrer Betätigung eingetragenen nationalen Bevölkerung erfordert die schärfste Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen gegen verbotene Demonstrationen, unerlaubte Versammlungen, Plünderungen, Aufforderung zum Hoch- und Landesverrat, Massenstreik, Aufruhr, Pressedelikte und das sonstige strafbare Treiben der Ordnungstörer.

Jeder Beamte hat sich stets vor Augen zu halten, daß die Unterlassung einer Maßnahme schwerer wiegt als begangene Fehler in der Ausübung.

Ich erwarte und hoffe, daß alle Beamten sich mit mir eins fühlen in dem Ziel, durch die Stärkung und Zusammenfassung aller nationalen Kräfte unser Vaterland vor dem drohenden Verfall zu retten.

Auch diese Verlautbarung geht von der unrichtigen Voraussetzung aus, daß die „nationalen“ Verbände bisher verfolgt worden wären. Nach den geschichtlichen Tatsachen von Potempa und der Ordnung von Kniasberg — um nur diese Namen zu nennen — sollte man diese Argumentation endlich fallen lassen. Man ist gegen die, für konservative Staatsdenken unerträglichen Parteien nur dann vorgegangen, wenn sie sich Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende zuschulden kommen ließen. Für einen Rechtsstaat müssen alle vor dem Gesetz gleich sein. Wir lehnen auch heute noch den Rechts- und Linksradikalismus gleichermaßen ab, weil jeder das gleiche Blutvergießen im Gedanken an die deutsche Ehre.

Zur Frage der Besoldungszahlung an die Beamten

Von der Pressestelle beim badiischen Staatsministerium wird mitgeteilt:

Im „Wollstreu“ Nr. 40 vom 14. Februar 1933 ist ein Schreiben des freigewerkschaftlichen Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Reichsfachgruppe Staats- und Gemeindebeamte und Angestellte, wegen der monatlich nachschüssigen Besoldungszahlung in Baden veröffentlicht. In dem Schreiben ist behauptet, daß die badiischen Beamten gegenüber der Regelung in den übrigen Ländern eine weitere Gehaltskürzung für 22 Monate um 5 Prozent erfahren. Die Behauptung ist unrichtig.

Die badiischen Beamten erhalten ihre leiblich um die reichsrechtlichen Abzüge verminderten Bezüge ungekürzt wie vor der Ueberleitung in die nachschüssigen Besoldungszahlung. Die Zahlung erfolgt in zwei Raten je am Ersten und am Letzten des Monats. Die Summe der beiden Raten, also der gesamte Monatsbezug, bleibt, wie jeder Empfänger leicht ausrechnen kann, unverändert. Die schrittweise Minderung der ersten Rate wird bei der

zweiten Rate in voller Höhe zugeschlagen. Vom Oktober 1933 an wird der ganze Bezug ebenfalls ohne Sonderkürzung am Ende des Monats bezahlt. Ebenso unrichtig, wie die Annahme einer Sonderkürzung, ist die Behauptung, daß die übrigen Länder keine entsprechenden Sondermaßnahmen getroffen hätten. Preußen z. B. behält bei Bediensteten und hinführenden Verbeizten 5 v. H. bei Verbeizten 2 1/2 v. H. ein und zahlt den Betrag 6 Jahre später. Außerdem zahlt Preußen in drei Monatsraten; ähnlich Sachse n. Andere Länder, wie Bayern und Württemberg, verlegen in wesentlich kürzerer Zeit wie Baden, also in einer für die Beamten empfindlicheren Weise, die Zahlung der zweiten Besoldungshälfte auf das Monatsende. Bayern hat auch bereits mit der Verschiebung der ersten Monatsrate begonnen. Dessen zahlt in drei ungleichen Raten, die sich nach der Kassenlage richten. Eine völlige Ueberleitung zur monatlich nachschüssigen Zahlung findet z. B. statt in Oldenburg, Braunschweig, Anhalt und Saxe.

Worte und Taten

Beim ersten Presseempfang richtete Herr Reichskanzler Hitler u. a. folgende treffenden Worte an die anwesenden Pressevertreter:

„Wenn die Kritik der Presse auch manchmal unangebracht ist, so treibt sie die Dinge doch vorwärts und zwingt die Regierenden so sachlich und gut zu arbeiten, daß sie vor jeder Kritik bestehen können.“

So treffend diese Worte sind — in der Praxis sehen wir seit einiger Zeit Zeitungsverbote auf Zeitungsverbote, jedoch allmählich die Kritik von selber verstummt oder zum Verstummen durch Polizeigewalt gebracht wird. Anscheinend wollen die Regierenden, von denen Hitler sprach, auf den von der Kritik auf die Regierenden ausgeübten Zwang, gut und sachlich zu arbeiten, endgültig verzichten. Wenn darin der Sinn der Zeitungsverbote liegen sollte, so könnte nicht stärker die Lage kennzeichnen, in der wir uns zur Zeit befinden.

Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß die Reichsteuervermehrungen in der Hauptsache erst am 19. und 20. eines Monats eintreffen und daß die Zahlung der Besoldung eben nicht gewährleistet werden kann, bevor diese Hauptzahlungsmittel vorhanden sind. Baden hat auf die Höhe der Ueberweisungssteuern und auf den Zeitpunkt der Ueberweisung keinen Einfluß. Die Ueberleitung in die monatlich nachschüssige Zahlung hat den Zweck, die Zahlungstermine mit der Kassenbewegung in Einklang zu bringen, sie dient also der Einhaltung der Zahlungstermine. Die Pünktlichkeit der Zahlung auf einen bestimmten Termin ist aber auch für den Beamtenhaushalt wichtiger als Versprechen, die nicht eingehalten werden können. Bemerkenswert sei, daß anlässlich der Erhöhung der badiischen Pflanzsteuer von sozialdemokratischer Seite der Gedanke einer weiteren badiischen Besoldungskürzung anstelle der Steuererhöhung aufgeworfen wurde.

Neubildung des Hamburgischen Senats von Staatspartei bis NSDAP

Die Neubildung des Hamburgischen Senats auf der Grundlage einer bürgerlichen Sammlung von der Staatspartei bis zur NSDAP war bisher daran gescheitert, daß die Deutsche Staatspartei sich von den Verhandlungen zurückgezogen hatte. Jetzt wird bekannt, daß die Staatspartei ihren ablehnenden Standpunkt nochmals überprüft und darauf hin beschlossen habe, ihre früheren Bedenken im Interesse der politischen und wirtschaftlichen Selbstbehauptung Hamburgs zurückzustellen und sich an der bürgerlichen Sammelaktion zu beteiligen. Eine parteiamtliche Verlautbarung der beteiligten Instanzen dürfte in kürzester Zeit zu erwarten sein. Wie der „Hamburger Anzeiger“ meldet, stehen auch die personellen Verhandlungen dicht vor dem Abschluß. Als regierender Bürgermeister soll nach dem Blatt der parteipolitisch nicht gebundene, aber der NSDAP nahestehende Kaufmann Karl Vinzenz Krogmann in Aussicht genommen sein. Die NSDAP dürfte nach der gleichen Quelle den Posten des Polizeipräsidenten besetzen. Nach dieser Entwicklung der Dinge dürfte die nationalsozialistische Fraktion ihren Antrag auf Auflösung der Bürgererschaft nunmehr zurückziehen.

Die schlechende Theaterkrise ist akut geworden, eine gerade für Wien sehr wichtige Erscheinung. Die bisher durch Verträge gebundenen Direktoren haben sich nun zu einem sehr weitgehenden Abbruch der Ensemble entschlossen. Die Zahl der beschäftigungslosen Wiener Schauspieler wird stark ansteigen. Die „Navaa“, die ohnedies alles Mögliche tut, die stellenlosen Künstler im Rundfunk zu beschäftigen, wird dem verhängnisvollen Elend ziemlich machtlos gegenüberstehen.

Die Grabung der Stargarten und Gaspelshonoreate in den Wiener Theatern ist in mancher Hinsicht berechtigt. Der einzelne bekam bisher für einen ganzen Monat. Aber andererseits bedingt die außerordentliche Leistung des Großen doch auch eine außerordentliche Bezahlung. All die Kleinen leben ja von ihm. Einetwegen geht das Publikum ins Theater. Es wird schwer halten, da einen richtigen Mittelweg zu finden.

Die schlechte Lage des Wiener Konzertwesens hat dazu geführt, daß in Zukunft im großen Saal des Konzerthauses Boxmatthes und andere sportliche Veranstaltungen stattfinden werden. Es war kein leichter Entschluß, die heiligen Hallen der Kunst dem Sport freizugeben. Aber besser, die Konzerthausgesellschaft durch Vorkämpfe am Leben zu erhalten, als sie ohne Sport zugrundegehen zu lassen. Nebenbei — weshalb soll der Sport nicht in den Schauspiel der Kunst hineinvergriffen, da doch das Umgekehrte wiederholt der Fall gewesen ist. Wie oft gab es in Wien Freikampfturnen auf Fußballplätzen, Theateraufführungen in der Sportarena, und im Stadion! Nur keinen falschen Stolz — wir stehen alle an einem Strang. Friedrich Wallisch.

Giovanni Papini

Aus Anlaß des 50. Geburtstages von Papini hat sein florentinischer Verleger Ballechi eine einheitliche Gesamtausgabe der Werke dieses Schriftstellers besorgt. Diese Gesamtausgabe umfaßt 24 Teile, wovon die ersten elf in den nächsten Tagen erscheinen. Es handelt sich hier nicht um einen bloßen Neudruck seiner bereits erschienenen Bücher, sondern in diese Neuausgabe sind verschiedene bisher unveröffentlichte Schriften aufgenommen, während andere Bände umgearbeitet und durch neue Essays vervollständigt wurden. So z. B. „Gli Operai della Vigna“, die jetzt unter dem Titel „La Scala dei Giacobbe“ (Die Jakobbeiter) in einem umfangreicheren Bände zusammengefaßt sind. Die große Produktivität dieses Schriftstellers geht weiter daraus hervor, daß außer diesen Teilen der Gesamtausgabe noch neue Bücher angekündigt werden. In zwei Wochen erscheint eine Apoptomen-Sammlung unter dem Titel „Al focca del orco“; zu Ostern kommt ein umfangreiches Buch über Dante aus Anlaß des 61. Jahres auf den Dante (Dante war nämlich Pilger im Jubeljahr 1300).

Ruhiger Verlauf des Streiks in Frankreich

Die Angestellten und Beamten der städtischen und staatlichen Betriebe in Paris haben am Montag geschlossen die Streikparole befolgt, die von ihren Syndikaten als Protest gegen die vorgeschlagenen Steuermaßnahmen ausgegeben worden war. Da es sich nur um eine Warnung an die Regierung handelte, war die Arbeitsunterbrechung beschränkt und trat außerdem zu verschiedenen Zeiten des Vormittags ein. Der Streik ist ohne Zwischenfall verlaufen. Die Autobusse und Straßenbahnen liefen von 10 bis 10.10 Uhr dort an, wo sie sich gerade befanden. Polizeibeamte in Zivil haben sich darauf beschränkt, in allen Fällen diese Verkehrsstörungen zu protokollieren. Der Eisenbahnverkehr und der Untergrundbahnverkehr wurden ohne Unterbrechung lande war mehrere Stunden unterbrochen. Wo Verbindungen durchgeföhrt. Der Fernpostverkehr nach dem An- und Aushergestellt worden waren, wurden sie sofort wieder getrennt. Die Postbeamten haben sich der Streikbewegung angeschlossen, indem sie am Vormittag nur einmal ausstrugen. Auch Postpostbriefe wurden nicht befördert. Auf den Zoll- und Steuerbehörden und in den Tabakmanufakturen wurde die Arbeit während einer Stunde niedergelegt. Auch in der Provinz ist der Streik ruhig verlaufen. In Lille sind die Postbeamten anstatt um 5 Uhr morgens erst um 9 Uhr erschienen, wodurch eine kurze Unterbrechung in der Postbeförderung eingetreten ist.

Anglücksfälle und Vergehen

Brand in den Daimler-Benz-Werken. In der Land- und Radieranlage der Daimler-Benz-Werke in Unterlückheim ist am Montag vormittag auf noch nicht geklärt Weise ein Brand entstanden. In der genannten Abteilung werden Stoffe mit Vor- und Nachlauf behandelt. Es gelang zu diesem Zweck am laufenden Band durch zwei große Trockenschleusen, von denen einer oblich ausgebrannt ist. Während der Gebührensarbeiten verhältnismäßig geringe Mengen an Stoffen auf den Werkanlagen auf etwa 200 000 Mark belaufen. Obwohl der Brand einen wichtigen Teil der Werkanlagen betroffen hat, soll es möglich sein, die Fabrikation ohne nachhaltige Störung fortsetzen zu können.

Flugzeugabsturz in der Schweiz. Auf dem Flugplatz Düben dorf ist heute vormittag ein Flugzeug abgestürzt. Der Pilot, der Pfälzische Wilhelm Gemeinhart aus Ludwigsfeld, wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Sein Begleiter wurde auf der Stelle getötet. Der Apparat ist vollkommen zerstört worden. Bei dem Flugzeug handelt es sich um ein deutsches Privatflugzeug, das in Aibenberg stationiert war, um Messaufnahmen auszuführen. Der verletzte Pilot stammt aus Ungarn und hat seinen Wohnsitz in Böblingen bei Stuttgart. Bei dem um Leben gekommenen Passagier handelt es sich um einen Fabrikanten aus Zürich.

Zwei Opfer bei politischem Zusammenstoß in Erfurt. Der Polizeibericht meldet: In der Nacht zum Montag gegen 24 Uhr ereignete sich an der Ecke Dillow- und Wälderstraße ein schwerer politischer Zusammenstoß. Hierbei wurden der Freiseur Werner Hühorn und der Heizer Kurt Weate niedergeschlagen. Hühorn erhielt einen Herzschlag und war sofort tot, während Weate durch einen Unterleibschuß schwer verletzt wurde. Hühorn gehört der SPD an. Er sowie Weate und noch zwei weitere Personen gerieten auf dem Heimwege von einer Sportantenne und befanden an der Straßenecke mit zwei uniformierten Mitgliedern der NSDAP aneinander, wobei einer von ihnen einen Revolver zog und angeblich in Notwehr zwei Schüsse abgab. Die von der Kommission des Erfurter Polizeipräsidiums sofort angeordneten Ermittlungen, die die ganze Nacht anauerteten, führten zur Feststellung sämtlicher, an dem Zusammenstoß beteiligten Personen und zur Festnahme des Schützen. Die Vernehmungen sind noch im Gange.

Mutige Zusammenstöße in Mendenburg. In Bad Döberitz kam es Sonntag abend zu blutigen Zusammenstößen zwischen dem Reichsbanner und Abteilungen von SA-Leuten. Das Reichsbanner veranlaßte um 17 Uhr einen genehmigten Umzug, während die SA um 19 Uhr aufmarschieren sollte. Aus dem Demonstrationzug des Reichsbanners sollen folgende Rufe gegen Reichskanzler Hitler gefallen sein, wozuf die SA die Auflösung des Zuges verlangte. Als der anwesende Bürgermeister die SA befehligte nach der parteiamtlichen Darstellung der NSDAP die SA eine Strafe, durch die das Reichsbanner kam, in voller Breite. Dabei sollen plötzlich aus dem Zuge des Reichsbanners Schüsse gefallen sein. Es entstand eine wilde Schießerei. Schon in den ersten Sekunden lagen mehrere schwerverletzte SA- und Reichsbannerleute am Boden. Ein 30 Jahre alter Reichsbannermann Hans Wulf wurde durch einen Herzschlag auf der Stelle getötet. Durch Schüsse verletzt wurden außerdem 10 Reichsbannerleute und 2 SA-Leute.

Für den Herbst kündigt Papini ein neues katholisches apologetisches Werk an: „Supplemento a tutte le Apologie“.

Literaturpreise für Briefler-Schriftsteller

Die Tschechische Geistes Akademie hat für das Jahr 1933 fünf Literaturpreise ausgeschrieben, jeweils in der Höhe von 1000 Kronen. Die Preise sind bestimmt für tschechische schriftstellerische Arbeiten wissenschaftlichen oder belletrischen Inhalts. Die betreffenden Schriftsteller müssen, um als Preisbewerber auftreten zu können, tschechische Bürger sein.

Am 21. Februar 1933 feiert der Vorsitzende der Zentraldirektion der Monumenta Germania, Komm. Direktor des Reichs Historischen Instituts in Rom und Direktor des Antiken-Museum-Instituts für deutsche Geschichte, Geschichtswissenschaften, Dr. Paul Kehr (Berlin), sein goldenes Doktorjubiläum; einen ausführlichen Bericht vgl. „Soria u. Berlin“, S. 460. — Der bekannte Kulturhistoriker, Geh. Reg.-Rat Dr. e. h. Johann Schütte, Ordinarius an der Techn. Hochschule zu Berlin, bezieht am 20. Februar 1933 seinen 60. Geburtstag. Literarisch ist der Dichter vor allem hervorzuheben als Schlichter von Schiffsbau und Schiffahrt; auch ist er Herausgeber von „Der Aufschlußbau Schütte-Klaus 1909—1925“.

Hauskonzert

Das vierte Hauskonzert, veranstaltet von Gertrud Waas unter Mitwirkung von Raffaele Pech-Noth (Klavier), Margarete Koigt-Samsitz (Violine) und Oskar Schmidt (Violine), war am Sonntag ganz dem Reiche des Kindes gewidmet. Man hörte neue Vertonungen teilweise alter und bekannter Kinderlieder. Zunächst kam W. Gross, ein österreichischer Komponist, der durch seine Beherrschung des Grotesken bekannt ist, zu Wort mit vier Liedern. Sie sind zwar sehr einfach geschrieben, können aber wegen ihrer Art und Melodie wohl kaum um kindlichen Herzen dringen. Am besten ist es Julius Weismann, einem Freiburger, gelungen, dem kindlichen Gefühl nahezu kommen. Von den sechs Liedern, die man von ihm hörte, waren gewiß einige würdige, Allgemeynheit zu werden. Schließlich gelangten noch zwei Kinderlieder zum Vortrag. Gertrud Waas konnte ihre gleichschulter Stimme mit Vorteil auch bei dieser Materie einbringen. Sie wurde von Raffaele Pech-Noth sehr sicher und fern am Flügel begleitet. Auch Margarete Koigt-Samsitz bestand die Begleitung zweier Kinderlieder von Julius Weismann und O. Hübinger (Musik der Dachsche) (eines Gedächtnis), Erdmüretzen für zwei Violinen) und Joseph Haas (Kammermusik für zwei Violinen und Klavier) eingeleitet, welche beide so richtig die anspiechende Hausmusik geschaffen sind. Das letzte enthält Schwermüdigkeiten, die nicht immer leicht zu meistern sind, wurde aber dennoch von den Ausführenden sauber und wirkungsvoll gespielt. G.

Wiener Brief

Spiel und Sport

Es wird in Wien sehr viel Karten gespielt, besonders Bridge. Was man für eine vorübergehende Mode hielt, scheint sich eingebürgert zu haben. Menschen, die früher einmal Geselligkeit in Gestalt anregender Gespräche liebten, sind zu begeisterten Bridgepielern geworden. Was nach einem Pariser Schlagwort als „Salon“ bezeichnet wurde, auch wenn es durchaus wienerisch war, ein Mittelpunkt fröhlich belebter Geselligkeit mit fesselnden Ansprachen und Diskussionen in dem gastreichen Hause eines künstlerisch oder auch politisch interessierten Ehepaars oder einer ebenso eingestellten Dame — dieser Salon mit all seinen anregenden Wortgeplänkel ist aus Wien verschwunden. Seine Stelle hat der Bridgegeist, die Bridgeclubs, der Bridgeabend eingenommen. Dort geht es sehr still zu. Raun daß man die Höflichkeitsformeln der Begrüßung erledigt. Die Spielkarten klappern. Die und da hört man einen Kadansdruck oder einen trockenen Scherz, der nur Eingeweihten verständlich ist.

„Weshalb besteht die Geselligkeit nur im Bridgepiel?“ fragt der Ahnungslöse.

„Weil wir einander nichts zu sagen haben.“

„Aber weshalb suchen Sie dann uns Himmelswillen Geselligkeit auf, weil Sie einander nichts zu sagen haben?“

„Weil wir Menschen eben von Natur aus gesellig sind. Sie dürfen auch nicht glauben, daß wir einander nichts zu sagen hätten.“

„Aber —?“

„Es ist unmöglich geworden. Man kann in Wien nicht mehr Konversation machen wie einst. Nach zehn Worten wären die politischen Gegenstände schon so deutlich hervorgetreten, daß es zum Strach kommen müßte. Und das eben ist der Segen des Bridgespiels, daß die politischen Meinungsverschiedenheiten unausgesprochen bleiben, weil wir ja miteinander fast gar nicht sprechen.“

„Und weshalb wollen Sie denn durchaus mit Leuten beikommen sein, mit denen Sie sich kein Wort zu reden trauen?“

„Weshalb?“ wiederholt der begeisterte Bridgepieler erstaunt. „Ja, aber — es sind doch meine alten Freunde!“

So steht es leider Gottes in Wien aus. Kommt man mit alten Freunden zusammen, so flüchtet man Hals über Kopf an den Bridgegeist, um nur ja den Abgrund nicht zu sehen, den die Politik zwischen den einander nahestehenden Menschen aufgerissen hat.

Womit ich behaupte nichts gegen das so anregende und sogar gefohete Bridgepiel gesagt haben will. Ich stelle bloß Tatsachen fest.

Wie wird der neue Reichstag aussehen?

In zwölf Tagen ist die Reichstagswahl. Wir sind keine Freunde von Prophezeiungen über das Wahlergebnis, das nur durch zielbewusste Aufklärung und Arbeit beeinflusst werden kann. Wenn wir trotzdem hier einen alten Leier und draußen im Leben lebenden Mann das Wort zu dieser Frage geben, so geschieht es in der Hauptsache, um zu zeigen, welche Stimmung in weiten Kreisen der Zentrumsfraktion herrscht.

D. Schr.

Wie der neue Reichstag aussehen wird, kann kein Mensch voraussagen, aber Vermutungen dürfen nach Lage der politischen Verhältnisse angestellt werden. Für das Zentrum und die Bayerische Volkspartei sind die Aussichten auf Stimmenzuwachs die allerbesten. 90 Mandate sind den beiden Parteien ganz sicher, sie können aber bis 100 ansteigen. Auch für die übrigen kleinen Mittelparteien sind die Aussichten keine schlechten, sodass die Mitte 120 Abgeordnete zählen dürfte. Die beiden Linksparteien werden starken Zuspruch bekommen, was hauptsächlich dem Vernichtungswillen Hitlers gegen den Marxismus zuzuschreiben ist. Es wirkt wie Ironie, daß seit Deutschlands Befreiung der Marxismus noch nie so stark war, wie jetzt unter dem Herrschaftsterror Hitlers. Die beiden Parteien werden zusammen 240-250 Mandate erringen. Nimmt man bei der starken Wahlbeteiligung 610-620 Abgeordnete an, so würden den jetzigen Regierungsparteien ungefähr 250 bis 260 Mandate verbleiben. Wie sich diese Mandate auf die Nazi- und Schwarz-weiß-rot-Partei verteilen, ist ohne Belang, aber die Vermutung liegt nahe, daß die Nazi-Partei einen weiteren Rückgang erfahren wird. Daß Hitler mit von Papen und Hugenberg in einer Regierung sitzt, hat vielen Arbeitern, Arbeitlosen, Rentnern usw., die bisher für Hitler schwärmten, die Augen geöffnet. Sie wandern vorwiegend ins linke Lager ab. Daß die Ausschüßler für die jetzigen Regierungsparteien die denkbar schlechtesten sind, geht aus ihrer Presse hervor. Schreiben sie doch, mögen die Wähler ausgeben, wie sie wollen (aha!), die Regierung bleibt doch am Ruder und zwar auf vier Jahre. In wozu wurde dann gewählt, wenn man auf die Wahlstimme pfeift? Das riecht schon ganz nach Diktatur! Die Reichspressen hat anscheinend ganz vergessen, daß Reichspräsident von Hindenburg sowie die Regierungsmitglieder den Eid auf die bestehende Verfassung geleistet haben. Es ist ja gut, daß man die Diktaturgeleiste schon jetzt erfährt. Alle Gewaltmaßnahmen, von denen man Tag für Tag hört, deuten auch darauf hin. War möge sich aber seiner Täuschung hingeben, daß die deutsche Volkswirtschaft am 5. März die richtige Antwort geben wird. Wir vom Zentrum sträuben uns gegen Gewaltmaßnahmen und Unterdrückungen. Das entspricht nicht deutscher Art und ist weder national noch christlich.

Deutsche Männer, deutsche Frauen, deutsche Jugend, laßt euch durch hohle Versprechen und große Versprechungen nicht beeinflussen — auch nicht durch Drohungen. Wählt am 5. März das Zentrum, das man jetzt ausschalten will, weil es als christliche Partei gegen jede Unterdrückung einer vernünftigen Freiheit des Volkes ist. Ein starkes Zentrum bietet die Gewähr, daß im Berliner Wasserwerk keine Vollheiten gemacht werden, die das Volk später immer büßen muß.

Bevölkerung in Beamtenstellungen

Die Beamten wehren sich

Herr Göring, der beständigste aller deutschen Politiker (er ist Abgeordneter, Reichspräsident, Minister für Luftfahrt, preussischer Innenminister und Parteiführer) hat in sein Ministerium einige Herren zur Führung von Beamtenangelegenheiten eingeschoben, die überhaupt kein Gehalt nehmen! Der brave Mann von der Straße wird natürlich denken: Da sieht man es wieder, was die Hitlerleute für anständige Kerle sind, sie tun es sogar umsonst! Der weitere Gedankengang, wenn doch alle Beamten... dann wären wir aus allen Schwierigkeiten heraus! Suggestiert man solche „Schlüsse“ der Öffentlichkeit absichtlich? Aber leider sieht alles ganz anders aus, als es scheint: das soll ja bei der nationalsozialistischen Partei schon öfters vorgekommen sein. Denn nach der Rechtspraxis ist der kein Beamter, der weder Gehalt noch Pension haben will; er erklärt damit, daß er kein Beamter sei. Nun stelle man sich vor: jetzt sitzen also in diesem Ministerium, es ist das preussische Innenministerium, Männer, die Beamtenposten innehaben, und man wird ihnen nicht gerade die bedeutungslosesten Posten gegeben haben, die aber keine Beamten sind! Frage: Gaben sie überhaupt den Eid auf die Verfassung geschworen?

Praktisch ist das eigentlich nichts anderes als die Idee des „politischen“ Beamten zu überbrücken, jenseits Beamtenposten, gegen den sich die Nationalsozialisten, als sie noch in der Opposition standen, auf das heftigste gewehrt haben! Es handelt sich also um Männer, die innerhalb des Beamtenkörpers stehen, dessen Funktionen ausüben, aber keine Beamten sind! Damit ist ein Vorgang geschaffen, der völlig beispiellos ist und der die Beamtenorganisationen unbedeutend auf den Plan rufen muß. Aber auch alle anderen. Hier ist das Berufsbeamten in Gefahr; denn wenn das Schicksal macht, dann wird der ganze bisherige Bau von unten her aufgelockert.

Bekommen wir diesen neuen Typ, dann wird der gehaltbezügliche Beamte allmählich neben dem ohne Gehalt arbeitenden als Schmarozker Typ empfunden werden. Praktisch würde das bedeuten, daß nur noch der Reichs Beamter werden könnte oder derjenige, der aus einer anderen Quelle ernährt wird. Und die Quelle ist klar sichtbar, es ist die nationalsozialistische Partei, aus der die Genannten, die auf ihr Gehalt verzichten haben, offenbar alimentiert werden; denn irgendwoher müssen sie doch ein Einkommen haben. Aber gerade dadurch erreicht diese neue Idee des Herrn Göring in ihrem peinlichsten Lichte.

Man muß schon sagen, daß zwar die neue Regierung über ein Programm nicht verfügt und damit ihre Sonderstellung in der deutschen Republik gegenüber allen anderen Regierungen bewahrt, aber daß ihre Taten in beamtenrechtlicher Beziehung höchst unerschrocken sind. Je weniger man von Programm weiß, desto mehr ist man natürlich geneigt, nach diesen Taten zu urteilen, denn von irgend woher muß

Das Werkhalbjahr ist da!

I. Sein Sinn

Wir stehen mitten in gewaltigen Strukturwandlungen unserer ganzen Daseinsformen. Unsere Zeit, die groß ist durch das bewußte Ringen darum, weite lebendige Kräfte zum ehrlichen Suchen nach einem neuen Lebensstil, rüttelt auf zu positiver Stellungnahme zum letzten Ziel des Lebens, das all dem Ringen Sinn und Inhalt gibt.

Eine tatkräftige, führende Bewegung in dieser Richtung ist in unserer Jugend aufgebrochen: im freiwilligen Arbeitsdienst! Freudig bekennen sich heute Scharen unserer Jugend freiwillig zu einem neuen, selbstgewählten Lebensstil, zur schlichten, naturnahen Lebensform im F.M.D. Lebendig und aufgeschlossen rufen sie ab von der materiellen Daseins- und Berufsauffassung vergangener Tage, das neue und doch ewig alte Berufsethos bejahend, das den Beruf wieder in seinen letzten Zusammenhängen sieht: Arbeit als naturgegebene Pflicht des Menschen, in dem er sein eigenes weisungsgemäßes Sein entfaltet und in dem er — in der Gemeinschaft stehend — ihr in lebendiger Wechselwirkung dient und so seine Pflicht ihr gegenüber einlöst!

Ein weiteres Moment wirkt sich in dieser Bewegung lebendig aus. Sie löst den Menschen von seinem formalgebundenen Denken über fachliche Ausbildung, und zeigt neue Wege menschlicher Allgemeinbildung in Weite und Aufgeschlossenheit. Sie bringt eine neue, gesunde Synthese von Hand- und Geistesarbeit, die zu einer ebenbürtigen Wertung beider führt, und den Menschen freier und gelöst denken, empfinden und leben läßt! Daß unsere Jugend diesen Weg freiwillig geht, gibt nicht nur die Kraft der Bewegung, sondern auch den tiefen psychologischen Wert. Zwang würde das tiefste und edelste dieses neuanknüpfenden, lebendigen Lebens zerstören.

In dieses Licht, und doch so große Ringen wird nun — ebenfalls auf dem gebundenen Weg der Freiwilligkeit — das Werkhalbjahr der akademischen Jugend hineingestellt, und ihm damit sofort geistige Weite und gesunde Basis geschenkt. Daß diese Form für das Werkhalbjahr gefunden wurde, heißt: ihm von vornherein klaren Sinn gegeben haben. Denn in diesem Rahmen kann eine akademische Jugend herannahehen, die zu einer gelunden Selbstbestimmung kommt, die, volkverbunden, die rechte Stellungnahme zur Volksgemeinschaft und zur Arbeit gewinnt, und losläßt von überkommenen, veralteten Begriffen nicht den standesgemäßen, sondern den weisungsgemäßen Beruf wählt.

II. Seine Gestaltung

Die Durchführung des Werkhalbjahres erfolgt im Rahmen der Bestimmungen des F.M.D. Zwei ergänzende Neuerungen geben ihm allerdings ein besonderes Gepräge: der sich freiwillig meldende Abiturient muß sich — entgegen der sonst im F.M.D. üblichen Bestimmungen verpflichten, für die Dauer des Werkhalbjahres bis zur ordentlichen Entlassung teilzunehmen. Ferner fügt sich zu dem 20wöchentlichen Arbeitsdienst in den Monaten August-September noch etwa 1 1/2 Monat Geländepart, der in den Wehrgedanken einfließen und zum wehrhaften Mann erziehen soll. Zur letzten Verpflichtung ist anzufügen, daß sie für die Abiturienten keine Geltung hat. Im übrigen steht der für weiblichen Arbeitsdienst geltenden Richtlinien und den sonstigen allgemeinen Bestimmungen offen.

Die äußere Form des Werkhalbjahres vollzieht sich im geschlossenen Arbeitslager, fern vom Heimatort, um den Abiturienten aus seiner bisherigen Umgebung herauszulösen, und durch den völligen Milieuwchsel für das Neue aufzuschließen. Besondere Wünsche in bezug auf die Gegend können jedoch berücksichtigt werden. Die Meldungen zum Werkhalbjahr sind bis 11. 3. 1933 — bzw. mit Rücksicht auf den späten Ostertermin — bis 1. 4. 1933 bei den Arbeitsämtern oder den an den Hochschulen hierfür geschaffenen Büros einzureichen. Die Zulassung steht jedem Abiturienten und jeder Abiturientin offen, gleichviel ob das spätere Ziel die Universtität ist oder nicht.

Das Werkhalbjahr im F.M.D. will erst die Möglichkeit einer ernststen, durch praktische Arbeit und gründliche Unterweisung unterbauten, Berufswahl geben. Auch die Vermögensverhält-

nisse spielen keine Rolle, die Bedürftigkeitsprüfung, die sonst zu erfolgen hat, fällt hier weg. Der Beginn des Werkhalbjahres ist auf 19. April 1933 festgelegt; seine Dauer beträgt für den männlichen Abiturienten etwa 5 1/2 Monate, für die Abiturientin 20 Wochen, da die Geländepartien wegfallen.

Die Teilnehmer werden den bereits vorhandenen Arbeitslagern, die jedoch „eine vorbildliche Lagerführung und sachgemäße, unparteiische Dienstführung“ nachweisen müssen, zugewiesen. Verantwortlich für die Eignungsprüfung der einzelnen Lager sind die Arbeitsämter. Sache der Träger der Arbeit und des Dienstes ist es, in ihren Lagern die Voraussetzungen zur Aufnahme von Abiturienten zu schaffen.

Die Arbeitsgebiete sollen in besonderem Maße gemeinnützigen Zwecken dienen, um den Gedanken der Arbeit für die Gemeinschaft bei den Teilnehmern intensiv zu pflegen. Für die männlichen F.M.D. der Abiturienten sind darum nur volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten zugelassen, so z. B. große Siedelungs-, Bodenverbesserungs- und Grenzschutzarbeiten. Für das Werkhalbjahr der Abiturientin kommt in der Hauptsache Landbearbeitung, Bekleidungs- und Ernährungsjorge in Frage. Es sollen möglichst in jedem Fall solche Maßnahmen sein, die einen Wechsel von hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Arbeiten gewährleisten.

Zimmer aber muß auch im Werkhalbjahr der wirtschaftliche und pädagogische Wert der Arbeit zur vollen Auswirkung kommen. Ernsthaft und angestrenzte Arbeit, deren Umfang rein wirtschaftlich schon in Erscheinung tritt, muß von jedem Teilnehmer in großer Bereitschaft geleistet werden. Daneben ist der pädagogische Wert intensiv zu leben und zu pflegen: einmal der Wert einer die ganze Kraft erfassenden und erfüllenden Arbeit, die der inneren Unsicherheit und Berufsunschlüssigkeit ein Ziel setzt, zum andern die Wirkung der verantwortlichen Einplanung in eine Tätigkeit, die der Volksgemeinschaft dient, für die ganze Geisteshaltung.

Die Schlichtheit der selbstgewählten Arbeitsart und Lebensform will innerlich frei und aufnahmebereit für diese seelische Umformung machen, die zur bewußten freiwilligen Einordnung in den Volksorganismus, zur rechten Wertung der eigenen beruflichen und persönlichen Stellung in diesem Organismus, und zu einem echten Berufsethos in seiner letzten Tiefe führen will! Daß hier, wo letzte Fragen und persönlichste Lebensgestaltung im Vordergrund stehen, das weltanschaulich-geischlossene Arbeitslager und der weltanschaulich orientierte Führer am Platz ist, bedarf einer wachen Bereitschaft und Mitarbeit der lat. Stellen.

Es dürfte selbstverständlich sein, daß zu einer erfolgreichen Durchführung dieses ersten Versuches des Werkhalbjahres — das als Grundlage für weitere Arbeit dienen soll — die Führerfrage von ausschlaggebender Bedeutung ist. Auf die Auswahl der Führer wird darum besonderer Wert gelegt. Dem Wunsch der Studenten nach Führern aus den eigenen Reihen soll Rechnung getragen werden durch Führerschulung von solchen Studenten und Jungakademikern, die bereits praktisch in einem F.M.D. gestanden haben. In jedem Fall aber muß die autoritative Führerpersönlichkeit, die geistig in der Lage ist, die Teilnehmer aus der bisherigen rein intellektuellen Geisteshaltung zu lösen und sie organisch zu einer lebensnahen Einstellung zu führen, gefunden werden. Die Persönlichkeit ist nötig, die zu einem freudigen Einordnen in die völlig neue, aus allen Volksschichten sich zusammenschließende Gemeinschaft und zu einer tatkräftigen Bejahung einer kaperen Kameradschaftlichkeit zu begeistern versteht.

Wer sich zum Werkhalbjahr meldet, ist zu ernster, verantwortlicher Arbeit bereit. Er sucht aber als Ausgleich um so intensiver nach der geistigen Nahrung, die in den Vorträgen und in den Besprechungen geboten wird. Dafür Form und Inhalt zu finden, der allen Teilnehmern gerecht wird, und doch den geistig Strebenden das rechte Maß gibt, ist eine wesentliche Aufgabe der in Frage kommenden Kreise. An dem Führer aber, der das Wissen vermittelt, liegt es, den Weg zu Geist und Verstand aller zu finden. In seine Hand ist es gegeben, die in ihrer besonderen Eigenart strebende Jugend zu gelunden Einsichten und Erkenntnissen, zu einer klaren Einstellung zum eigenen Ich und zu den letzten Taten zu führen. Welche Verantwortung! Hier lauert eine Zukunft, die mitten in einer entscheidenden Lebensstunde steht, deren bislang gepflegte Lebenshoffnungen sich nicht erfüllen und die — nach einem neuen Sinn des Lebens lufend — aufgeschlossen für ein neues Lebens- und Berufsideal ist! R.D.F.

man doch etwas sehen; denn von Faddelzügen und Reden allein kann weder ein Volk noch eine Regierung auf die Dauer leben. Eine ganze Menge ehemaliger bekannter republikanischer Polizeioffiziere hat schon das Abschiedsgelächel erhalten und weitere sollen folgen. Wir haben zu Zeiten, als die heutige Opposition Regierung war, immer gewarnt vor brissem Vorgehen in Beamtenfragen und immer die Idee des Maßes gerade gegenüber Andersdenkenden in der Beamtenchaft vertreten. Um so eher sind wir berechtigt, jetzt verächtlich zu warnen. Den Schaden haben die betr. Parteien, was uns gleichgültig ist, aber auch der Staat und die Beamtenchaft, und da sind wir auf das stärkste interessiert.

Moderne Schildbürger

Warum kein Fangeis?

Was man heutzutage nicht alles erleben muß. In Rippe-Deilmold, das etwa 155.000 Einwohner und neuerdings eine nationalsozialistische Regierung hat, erließ die Landesregierung in der Presse eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Die Landesregierung empfindet es als ihre selbstverständliche Pflicht, den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichskanzler gegen Beleidigungen jeder Art mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Die Landesregierung ruft neben der Polizei, neben den zuständigen Behörden auch alle deutsch empfindenden Landesbewohner auf, sie hierin zu unterstützen. Außer zur Anzeige solcher strafbaren Handlungen ist nach der Strafprozessordnung

jedermann befugt, den Täter, der auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird, auch ohne richterlichen Befehl vorläufig festzunehmen,

wenn er der Flucht verdächtig ist oder seine Persönlichkeit nicht sofort festgesetzt werden kann. Der festgenommene ist unverzüglich dem

nächsten Polizeibeamten zu übergeben, der die Vorführung an den Amtsrichter des Bezirks, in dem die Festnahme erfolgt ist, veranlaßt.

Es, worum erklärt man nicht einfach, wie anlässlich einer Mäuseplage: Jeder, der einen bei einer heftigen Neugier über unsere heutigen Zustände im Reich und nationalsozialistisch registriertem Land Ertrappten der Behörde vorführt, erhält 5 — fünf Reichsmark — Belohnung und das Anrecht auf einen Zivildienstverdienst. Das wäre doch noch viel wirksamer als das, was der Herr Landespräsident des großen deutschen Landes Lippe, Dr. Krappe, in der Presse veröffentlicht.

Zu gleicher Zeit kann allerdings das Berliner Tageblatt melden:

Die Anordnung der nationalsozialistischen Regierung in Lippe, die jedem das Recht gibt, Personen wegen öffentlicher Beleidigung des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers ohne richterlichen Befehl festzunehmen, ist bereits auf den Einspruch des Landtags gestochen. In der letzten Sitzung des Landtags brachten die Sozialdemokraten den Antrag ein, die neue Anordnung sofort rückgängig zu machen. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß die geplanten Maßnahmen dem Spitzelium Vorstoß leisteten. Der Vertreter der Regierung wies den Vorwurf einer Begründung des Denunziantentums zurück und betonte, es handle sich nur um „die Abwehr unerträglicher Provokationen“. In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag mit allen gegen die neun Stimmen der Nationalsozialisten angenommen. Mit dem gleichen Stimmverhältnis wurde ein Antrag der bürgerlichen Abgeordneten angenommen, worin die Landesregierung ersucht wird, bei der Ausführung der neuen Presseverordnung die Freiheit der Presse in der sachlichen Vertretung der öffentlichen Meinung zu erhalten.

So wie die Lippeche Regierung denken sich gewisse Leute in Deutschland überhaupt die deutsche Freiheit der Zukunft. Wann wird das deutsche Volk wieder allgemein so zur Vernunft gekommen sein, daß solche Auswüchse von Machtbewußtsein bei kleinen Gernegrohen dem verdienten Schicksal anheimfallen? Moderne Schildbürger!

Früher Nah und Fern

Zur Umbildung von Versorgungsbehörden in Baden und Württemberg

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Mit Ablauf des 31. März 1933 werden die Hauptversorgungsämter Baden und Württemberg sowie die Versorgungsämter Ellwangen a. J. und Radolfzell aufgelöst.

Mit dem gleichen Zeitpunkt wird das „SW Südwestdeutschland“ mit dem Amtssitz in Karlsruhe neu gebildet. Zum Bezirk des Hauptversorgungsamts Südwestdeutschland gehören die Freistaaten Baden und Württemberg sowie die Hohenzollerischen Lande. Die Bezirke der Versorgungsämter Ellwangen a. J. und Radolfzell werden anderen Versorgungsämtern in Württemberg und Baden zugeteilt.

bid Hohenheim, 20. Febr. (Die Umgehungsstraße.) Mit den Abstellungsarbeiten für die neue Umgehungsstraße wurde bereits begonnen. Großer Unwille herrscht jedoch unter den hiesigen Handwerkern, die um ihre Hoffnung enttäuscht wurden, Arbeit hierbei zu finden. Sie glaubten sich schon deshalb zu diesem Anspruch berechtigt angesichts des großen Baukostenzuschusses, den die Gemeinde für den Bau dieser Umgehungsstraße beisteuert. Sie sind der Meinung, daß die Stadtverwaltung in Berücksichtigung dieser Tatsache einen Druck auf die arbeitvergebende Behörde hätte ausüben müssen. Die neue Umgehungsstraße, die das Stadtgebiet von der Autoplatz befreit soll bringt noch anderen eine Benachteiligung, nämlich den Gastwirtschaften, wo die Automobilstellen ab und zu absteigen und eine Erfrischung einnehmen. Das ist die Rehrseite der Medaille.

bid Schriesheim, 19. Febr. (Schriesheimer Mathasemerk.) Der diesjährige Mathasemerk stand wieder im Zeichen günstigen Wetters. Aus allen Richtungen, besonders von Heidelberg und Mannheim, kamen zahlreiche Besucher. Während sich das Interesse der ländlichen Besucher mehr auf die landwirtschaftliche Ausstellung beschränkt, zog es die „Städter“ bald in den Zehnteller, wo das von Jahr zu Jahr sich steigender Beliebtheit erfreuende Schriesheimer Gewächsausgestellt wurde. Der landwirtschaftlichen Ausstellung, die sich in die Gruppe Obst, Saatgut, Trauben- und Brantweine, Tabak und Geräte gliedert, ist eine lebenswerte einheimische Gewerbeausstellung angehängt. Besonders Interesse fand wieder die instruktive Ausstellung der Kreislandwirtschaftsschule, sowie die in diesem Jahre zum ersten Male gezeigte Arbeitschau der Bezirksgewerbeschule Ludwigsburg. In diesem Jahre sind etwa 50 Aussteller mehr als beim letzten Mathasemerk zu verzeichnen. Die DGS. mußte auf allen Straßen Sonderwagen und Züge einlegen, um den starken Verkehr zu bewältigen. Der Dienstag als Haupttag wird dagegen mehr Besucher von den Dörfern der Bergstraße und aus dem Oberrhein bringen, die in erster Linie zum Rindvieh- und Pferdemarkt kommen.

bid Heidelberg, 19. Febr. (Reichsbankpräsident Dr. Luther in Heidelberg.) Reichsbankpräsident Dr. Luther ist hier eingetroffen. Er hielt am Samstag mittag vor dem Kuratorium des Zeitungsinstituts einen der Definitivität nicht zugänglichen Vortrag.

Generalversammlung der Deutschen Bergwacht, Abt. Odenwald

bid Mannheim, 20. Febr. Im Deutschen Haus in Mannheim fand am Sonntag die zahlreich besuchte Generalversammlung der Deutschen Bergwacht, Abteilung Odenwald, statt. Der Vorsitzende, Hauptlehrer Wolf, gab den Jahresbericht, aus dem hervorgeht, daß die Bergwacht, Abteilung Odenwald, zur Zeit über 12 000 Mitglieder zählt. Gegen das Vorjahr ist ein Rückgang von etwa 5000 Mitgliedern zu verzeichnen. Das badische Kultusministerium hat auch in diesem Jahre der Vereinigung einen Zuschuß gewährt. Die Gesamtmitgliedszahl der Deutschen Bergwacht beträgt zur Zeit etwa 180 000 Personen. Nach dem Geschäftsbericht wies Professor Weisheit auf die guten Erfolge hin, die die Schülerwanderungen des Odenwaldbundes gezeitigt haben. Gymnasialdirektor Dr. Krafer betonte als Vertreter des Unterrichtsministeriums, daß die Schulen und das Ministerium jederzeit die Bestrebungen der Organisation fördern werden. Die Wahlen ergaben Wiederwahl des ersten Vorsitzenden, Hauptlehrer Wolf-Heidelberg, zum zweiten Vorsitzenden wurde Amtsanwalt Stiepel-Michelstadt gewählt.

bid Neckargemünd, 20. Febr. (Schwerer Unfall.) Infolge der Schneefälle ereignete sich an der Kurve bei der Volksbank ein Unfall. Ein Traktor, der vom Güterbahnhof mit zwei Anhängern herkam, drehte sich auf der glatten Straße um die eigene Achse, wobei der Mitfahrer herabstürzte. Er wurde mit schweren Verletzungen ins Heidelberger Krankenhaus befördert.

bid Krautheim (Amt Buchen), 20. Febr. (Zum Bürgermeister gewählt.) Dr. jur. Adalbert Wolpert, der seit 1927 an der Spitze der pfälzischen Gemeinde Radolben steht, wurde unter zahlreichen Bewerbern zum Bürgermeister der Stadt Vohr a. M. gewählt. Dr. Wolpert kommt aus Krautheim, ist der Sohn des Hauptlehrers a. D. Alois Wolpert und steht im 35. Lebensjahre.

bid Kastatt, 20. Febr. (Zwischenfall beim SA-Aufmarsch.) Eine Schlägerei entstand gestern nachmittag beim Aufmarsch der Nationalsozialisten auf dem Marktplatz vor dem Gasthaus „Löwen“. Zwei Personen wurden vorläufig festgenommen und zur Hauptwache verbracht, von wo sie nach Feststellung der Personalkarten wieder entlassen wurden.

bid Kuppenheim, 20. Febr. (Bürgermeisterwahl.) Bei der kürzlich hier vorgenommenen Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Gustav Gratwohl wiedergewählt. Die ganz überragende Mehrheit der Abstimmungsstimmern 55:1 beweisen, daß es das neue Haupt der Gemeinde in den langjährigen seitherigen Amtsjahren verstanden hat, in wirklich unparteiischer und gerechter Weise ein Sachwalter der gemeindlichen Interessen und der Gesamtbevölkerung zu sein. Bürgermeister Gratwohl, der das verantwortungsvolle Amt des Bürgermeisters schon seit 10 Jahren bekleidet, gehört politisch der Zentrumsparterie an.

Schlimme Folgen einer Schlägerei

bid Eichelhof (Dpf.), 20. Febr. Bei einem Landwirt mußte kürzlich eine Kuh notgeschlachtet werden. Da Gefahr bestand, wurde vom nahen Wöhrbach ein Mann geholt, der das Tier tötete und ihm auch den Blutstich gab. Als bald zeigten sich bei ihm die ersten Anzeichen einer Blutvergiftung, die rasch ernsthafte Folgen annahm und die sofortige Ueberführung des Vergifteten ins Krankenhaus notwendig machte. Nun wurde der Hausmehrer Konrad herbeigeholt, um der Kuh die Haut abzuziehen. Auch bei diesem stellten sich Blutvergiftungserscheinungen ein und er begab sich ins Krankenhaus nach Neustadt. Am anderen Tag ist Konrad der Blutvergiftung erlegen.

bid Durmersheim, 20. Febr. (Politische Schlägerei.) Gestern veranstaltete die SA und die SS des Kastatter Bezirks einen Propagandaaufmarsch. Als der Zug in der Speyerer Straße marschierte, entstand eine Schlägerei, bei der auch nichtbeteiligte Zuschauer angegriffen wurden.

bid Bühl, 20. Febr. (Gegen ein Kompromiß in der Bühler Bahnhoffrage.) Bühl, weithin bekannt durch seinen hochwertigen Obstbau, bemüht sich seit langem um die endliche Beseitigung der völlig unzulänglichen Bahnhofsverhältnisse. Bürgermeister Grüninger legte am Sonntag in einer Versammlung der Verkehrs- und Marktkommission, der Gemeinderäte und sonstigen Interessenten aufs neue die Gründe auseinander, die für einen Bahnhofsausbau sprechen. Vor allem ist es der stark zunehmende Obstbau, der eine Aenderung der Verhältnisse am Verladebahnhof gebieterisch fordert. Eine Verbesserung liegt auch im Interesse der Reichsbahn selbst, die im Bühler Gütertransport über eine sehr gute Einnahmequelle verfügt. Allein im Jahre 1932 wurden 156 920 Zentner Obst verladen. Der Bürgermeister teilt mit, daß sich die Reichsbahn zur Zeit mit dem Auswege besesse, am Verladebahnhof ein drittes Gleis einzurichten. Damit könne man sich nicht abfinden. Ein so bedeutendes Wirtschaftsgelände wie der Bühler Bezirk habe ein Anrecht auf den Bahnhofsausbau. In einer Entschiedenheit soll gegen die Absicht der Reichsbahn protestiert und die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Bahnhofsaubaus gegenüber Regierung und Landtag zwecks Weiterleitung an die Reichsbahnverwaltung nochmals eingehend begründet werden.

bid Oberbühlertal, 19. Febr. (Zwangsferien wegen Grippe.) Die Schule Oberal wurde wegen der hier herrschenden Grippe bis auf weiteres geschlossen.

bid Haslach i. R., 20. Febr. (Zentrumsbeteran Fiedel Fall.) Im Alter von 84 Jahren ist Altglasermeister Fiedel Fall gestorben. Er war am 27. März 1849 geboren, in Haslach erlernte er das Glaserhandwerk und ließ sich nach mehrjähriger Gesellen- und Wanderzeit als selbständiger Glasermeister hier nieder. Er nahm an den Feldzügen 1866 und 1870/71 teil. 1873 heiratete er sich. Ueberall gab er seiner katholischen Ueberzeugung Ausdruck. Ueber hundert Mal war er Bürgerführer nach Maria Einsiedeln; auch nach Lourdes führte er mehrere Pilgerzüge. In Haslach gehörte er dem Stiftungsrat an. In vielen katholischen Vereinen war er Mitglied. Als ein ganz hervorragendes Mitglied der Zentrumsparterie half er manche Schlacht schlagen. Bei der Gründung der Ringigäler Nachrichten 1912 war er deren eifrigster Förderer. Jahrzehntlang war Fall Gemeinderat und Mitglied des Bürgerausschusses. Viele Jahre war er auch Waldmeister und Mitglied der Waldkommission sowie anderer städtischer Kommissionen. Er war Begründer der Glaserfachvereinigung für das Ringigal, Mitglied der Handwerkskammer Freiburg, Gründungsmitglied und späterer Vorsitzender des Gewerbevereins, Vorsitzender des Gesellenprüfungsausschusses. U. a. war er in der Bienenzucht Sachmann.

Dreizehn Mark, zwei Musiker, ein Räuber

Würde man die Geschichte, die tatsächlich passiert ist, im Film sehen, würde man über diesen verdamnten, unglaublichen Raub den Kopf schütteln. Aber die Wahrheit ist eben noch immer verlässlicher als es sich dichterische Phantasie ausmalen kann.

Einen solch grotesken Ausgang eines Raubüberfalls hat man wohl selten gehört.

Gegen da in der Nacht zwei Musiker müde nach Hause und freuen sich auf ihr Bett, da taucht plötzlich vor ihnen in einer menschenleeren Straße ein baumlanges Kerl auf und erklärt kategorisch: „Geld her oder...!“

Was blieb den beiden ängstlichen Leuten anderes übrig, als ihre Markstücke zusammenzufuchen und sie dem Räuber auszuliefern? Als sie alles zusammengetragen hatten, kamen gerade dreizehn Mark heraus. Au weh! Dreizehn, die Unglückszahl! Sie sollte dem Verbrecher wirklich Reiz bringen...

Bei der Taschenvisitation, die der Gauner vornahm, kam man ins Gespräch. Alles wirkte sich ganz harmonisch ab. Und die Unterhaltung wurde nach dem Raub weiter fortgesetzt. Dem Verbrecher machte das Gespräch sichtlich Spaß, besonders als er hörte, daß die beiden Musiker zu Hause noch eine Flasche Wein hatten, der man noch den Krug zu brechen gedachte.

Die Ueberfallenen luden ihren Herrn Räuber freundlich ein, ihnen bei einem Gläschen Wein noch Gesellschaft zu leisten.

Und jener sagte nicht nein. Einträchtig wandelten die Objekte mit ihrem Subjekt in die nahegelegene Wohnung. Der Räuber hatte einen großen Durst und gastfreundlich wurde er von den Musikern bedient.

Schließlich hatte der Gauner lobiel intus, daß er weder gehen noch sitzen konnte, so daß er mit einem Platz unter dem Tisch vorlieb nehmen mußte. Dort hatte er es sich behaglich gemacht und zu schnarchen begonnen.

„Wanderbienenzüchter“ als Falschmünzer

bid Bad Dürkheim, 20. Febr. Ueber eine Falschmünzergeschichte erfahren wir von zuständiger Stelle folgende Einzelheiten: In Gerdenburg und Maxdorf konnten durch die hiesige Gendarmerie bei zwei Einwohnern vollständige Falschmünzwerkstätten aufgedeckt werden, ohne daß die Betroffenen wußten, daß sie einem gefährlichen Unternehmen Einverständnis gewährt hatten. Der Falschmünzer, der sich als „wandernder Bienenzüchter“ ausgab, hatte den Leuten erklärt, er wolle Bienenstände errichten und gebeten, sein „Material“ bei ihnen unterbringen zu dürfen. Die Personalkarten des „Bienenzüchters“ sind den Behörden bereits bekannt, können im Interesse der Untersuchung aber nicht mitgeteilt werden. Es handelt sich um einen wegen Münzverbrechens wiederholt Vorbestraften, nach dem gegenwärtig noch gefahndet wird. In den Kellern bzw. Kammern der ahnungslosen Gastgeber von Gerdenburg bzw. Maxdorf wurden polizeilich gefunden und sichergestellt: eine Drehbank, mehrere Pressen, Formen und Platten sowie sonstiges Material zur Herstellung falscher „Markstücke, die mit den Münzzeichen F und G 1932 versehen worden waren. Die Staatsanwaltschaft führt die weiteren Ermittlungen.

bid Freiburg, 20. Febr. (Oberpostdirektionspräsident a. D. Weiland 70 Jahre alt.) Am vergangenen Samstag feierte Oberpostdirektionspräsident a. D. Weiland in aller Stille seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar wurde am 18. Februar 1863 in Baden-Baden geboren. 1882 schlug er die höhere Postlaufbahn ein und wurde, nachdem er in Köln und Hannover tätig gewesen war, am 1. Mai 1904 Leiter des Hauptpostamtes Mannheim. Auf diesem Posten weilte er bis 1917. Auf eigenen Wunsch wurde er dann an das Hauptpostamt Freiburg berufen. In seine Freiburger Tätigkeit fiel der Umbau der Schalterhalle des Freiburger Postamts. Das große Vertrauen, das das Reichspostministerium in diesen reich gebildeten und umsichtigen Beamten setzte, erhielt dadurch seinen Ausbruch, daß der damalige Postdirektor von Freiburg am 1. April 1920 zum Oberpostdirektionspräsidenten in Karlsruhe ernannt wurde. Diesen verantwortungsvollen Posten bekleidete Präsident Weiland bis zu seiner Zuruhesetzung 1925. Seitdem lebt er in Freiburg.

bid Mühlbach (Pfalz), 20. Febr. (Personenauto durchbricht die Bahnschranke.) Am 18. Februar, abends 8 Uhr, wurde die geschlossene Schranke auf der Staatsstraße Neustadt-Mühlbach beim Bahnhof Mühlbach von einem Personenauto durchbrochen. Der Eisenbahnverkehr wurde nicht unterbrochen. Das Auto wurde leicht beschädigt; der Fahrer und Besitzer, Josef Kemmerlecht aus Zell, wurde schwer verletzt.

bid Straßburg, 20. Febr. (Eine Rabenmutter.) Am Freitag abend gegen 1/2 Uhr wurde vor dem Gebäude der Armenverwaltung ein Kinderwagen mit einem Knaben von etwa 10-12 Monaten bemerkt. Das halberwachsene Kind wurde ins Spital gebracht. Wie man feststellen konnte, war der Wagen bereits seit 2 Uhr nachmittags im Schnee gestanden, ohne daß sich die Mutter weiter um das arme Geschöpf gekümmert hätte.

bid Straßburg, 20. Febr. (Brand in der Kaserne.) Samstag früh brannte in der Kaserne Strobon an der Eplanade, wo das 3. Bataillon des 158. Inf.Regt untergebracht ist, der Dachstuhl des Kantinengebäudes vollständig nieder. Wie das Feuer entstand, ist noch unbekannt. Der Schaden beläuft sich auf nahezu 100 000 Frs. Innerhalb zwei Monaten ist dies der zweite Kasernebrand. Seitens der Zivil- und Militärbehörde wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Wetterbericht

Allgemeine Witterungsübersicht. Karlsruhe, 20. Februar. Während es vorgestern noch im ganzen Lande zu Schneefällen kam, hat es gestern nur noch vereinzelt und geringfügig geschneit. Ueber Oberitalien hat sich ein Tief entwickelt. Unter seinem Einfluß wird es bei uns noch heute zu Schneefällen bei aufsteigenden nördlichen Winden kommen.

Voranschläge Witterung für Dienstag: Weiterhin veränderlich, zeitweise Schneefälle, rauhe, nördliche Winde, Frost. Wasserstände des Rheins am Montag, morgens 8 Uhr: Weiskut 190, gef. 5; Weiskut -12, gef. 10; Weiskut 57, gef. 10; Weiskut 208, gef. 10; Weiskut 865, gef. 10; Mannheim 244, gef. 7; Weiskut 178, gef. 9 Zentimeter.

Ein Gericht verurteilt sich selbst

Ein eigenartiger Prozeß spielt sich gegenwärtig vor dem Arbeitsgericht in Breslau ab. Ein Angestellter dieses Gerichtes war entlassen worden, hatte gegen seine Kündigung beim Angestelltenrat Einspruch eingelegt und schließlich beim Breslauer Arbeitsgericht den Justizfiskus, vertreten durch den Präsidenten dieses selben Breslauer Arbeitsgerichtes, auf Wiederinstellung verklagt.

Wenn der entlassene Angestellte Recht bekommt, so muß sich das Gericht gewissermaßen selbst zur Weiterbeschäftigung verurteilen.

In dem Prozeß spielt die Hauptrolle die Frage, ob es eine unbillige Härte darstelle, den Angestellten, der zwar keine besonderen Leistungen aufzuweisen hat, aber verheiratet ist und Frau und Kind zu ernähren hat, zu entlassen, oder ob eine unehrliche Kausalangestellte zu entlassen ist. Der beklagte Justizfiskus behauptet, diese Kausalangestellte müsse bessere Leistungen auf als der Kläger. Der Fiskus mußte diese Behauptung natürlich unter Beweis stellen. Dabei trat das Kuriosum auf, daß die Kammer des Arbeitsgerichtes alle anderen Richter ihres Gerichts als Zeugen vernehmen mußte. Als Hauptzeugen hatte sich der Justizfiskus aber auf den Vorsitzenden der entscheidenden Kammer selbst berufen. Wer soll jetzt den Prozeß weiterführen und entscheiden, wenn der Vorsitzende seine eigenen Zeugenbernhnung amorphin muß?

Janka Brack

Ein Abenteuer-Roman von M. von OERTZEN

Copyright by J. P. Bachem G. m. b. H., Köln.

„Nun, und ich wünschte Ihnen im Gegenteil das Letztere“, sprach der Generalkonful gebohrt, seine Fingerspitzen betrachtend. „Ja, es tut mir leid, daß ich diese Bedingung stellen muß... der Mann meiner Tochter braucht nicht reich zu sein und auch nicht vom Adel. Aber arbeiten muß er. Verzeihung“, — als Harald aufsprang — „nein, ich halte die Malerei für keine Arbeit... Also, hier meine Hand: wenn Sie das Gut bekommen, Herr Graf, dann ja!“

Harald brach verbeugte sich steif. Keinen Grad zu viel und keinen zu wenig. „Meine Tochter beunruhigen wir einstweilen nicht mit dieser Angelegenheit. Hat das Los gegen Sie entschieden, so braucht sie von unserer Unterredung nie etwas zu erfahren... Nur eine Frage noch: Glauben Sie... ich meine, hatten Sie Gelegenheit, aus dem Benehmen meiner Tochter irgendwelche Schlüsse zu ziehen, die Sie zu der Annahme berechtigen, daß Ihre Gefühle erwidert werden?“

Hier fand Harald sein Lächeln wieder: „Ihre Fräulein Tochter ist liebenswürdig gegen jedermann. Ich fühle mich nicht besonders bevorzugt.“ „D, das ist gut... Und nun wollen Sie den Damen guten Tag sagen.“ Er ergriff das Schreibstischtelefon, sprach ein paar Worte hinein. „Bedro soll den Herrn Grafen in den Gartensalon führen.“

Harald hatte eine Ablehnung auf der Zunge. Wie fremd das alles war, wie nüchtern! Trotz der erotischen Aufmachung. Welche Kunst trennte seine Art von der Art dieses Mannes, der im Auslande reich geworden war und seine Mutterprache fast nicht mehr beherrschte. Und die schöne Fiabella mit dem aufreizend blonden Haar und der fürstlichen Haltung — welcher der vielen Kobolde die in seiner Natur ihr Wesen trieben, hatte ihrer begehrt?

Während er dem Diener durch die überflüssig zahlreichen, übzig eingerichteten Zimmer folgte, dachte sein zweites Ich: Wenn ich nur das Gut nicht bekomme! Die Damen saßen auf einer Veranda, die ängstlich gegen das Sonnenlicht geschützt war, wie alle Räume dieses Hauses.

Harald fiel es ein, daß er Fiabella Michelsen noch niemals bei vollem Tageslichte gesehen hatte. Ebensovienig wie ihre Mutter, die aber wohl diese gedämpfte Beleuchtung brauchte, um das leise Verwimmern ihres einst schönen Gesichtes zu verschleiern.

Bei dem Eintritte des Grafen schug Fiabella die etwas dicken Lider auf. Ihr Blick erinnerte ihn an das Meereslicht von Smyrna, wo er einmal eine glühende Sommernacht zugebracht, von Moskitos und Mondschein gequält. Ihr Lächeln hatte das weich verschommene jener Gegenden, die in Hitze, Blumen und Konfekt ersticken.

Sie kam ihm entgegen, während die schon sehr starke und angestrengt atmende Mutter nach kurzer Begrüßung stehend auf der Veranda sitzen blieb. Sie zog einen glitzernden Faden durch irgendeine grüne Seide.

Fiabella und Harald lagen in tiefen englischen Stühlen. Er sah durch den zarten Stoff ihrer leichten Sommerkleider diese eigentümliche goldschimmernde Haut blühen, die sein Malerauge entzückte, wie ein Widerschein der Apfelsinengärten von Granada. Er fühlte, wie sein stets waches, kritische Auge ganz seltsam unklar wurde, wie eine fremde, verwirrende Kraft von ihm Besitz ergreifen wollte.

Fiabella spürte mit dem sicheren Instinkt südländischer Frauen die Veränderung, die in ihm vorging. Unvermittelt begann sie vom gestrigen Abend zu reden. Ihre Stimme war dunkel, weich und lockend wie ihre Augen.

In Europa versteht man nicht Tango zu tanzen.“ Fiabella unterließ stets nur Europa und Brasilien. Deutschland, England, Frankreich, Italien warf sie stets nur in einen Topf, und der war einfach Europa.

„Tango!“ nahm Harald den Faden auf, und es klang wie ein heimliches Streicheln! Aber logisch fügte er hinzu: „Ich begreife nicht, was man an diesem Tango finden kann. Er ist im besten Falle steif, düster und bindet alle Grazie, im schlimmsten Falle wirkt er abstoßend. Die ihn tanzen, leben aus, als tanzen sie einen Menschen zu Grabe... oder ihre Würde.“

Fiabella lehnte sich weit zurück und blies den Rauch ihrer Zigarette vor sich. „Ja, so tanzt man ihn in Europa. Ich habe gestern abgelehnt, ihn zu tanzen. Ahnen Sie, Graf Brack, was dieser Tanz in Brasilien ist?“

„Nein“, antwortete er, lächelnd auf sie herniederblickend. „Wenn ich Ihnen sage, daß ich mir damals in unserem Strandhaus einen Partner von der Straße heraufgeholt habe? Alle, alle taugten mir nicht dazu, bloß der. Es war zur Zeit der Drangenbergblüte. Im rechten Ohr trug er einen großen goldenen Ring. Wir hatten eine Musik... auch aufgegeben auf der Straße!“

Sie sah nicht, wie des Grafen Gesicht sich veränderte. Ihr Flüstern war kaum noch hörbar: „Ich werde Ihnen einen Tango spielen.“

Harald öffnete beflissen den Deckel des Flügel. Er lehnte an dem Instrument, verfolgte bekommen das Spiel ihrer Finger auf den Tasten. Von den schönen bleichen Händen glitten seine Blicke empor zu dem Profil, das elfenbeinfarben war wie die Klaviatur. Alles, was die Vorstellungskraft nur erinnern kann, war vertreten in diesem Frauengesicht: Blut, Launenhaftigkeit, Eingebung, Spott und etwas Pösigkeit — nur eines nicht: die Reinheit.

Fiabella spielte. Alle Dämonen begannen sich in ihm zu regen. Rücksichtslos entschleiert jagten die Leidenschaft ferner wesenfremder Zonen über die kalten glatten Tasten. Das Spiel war zu Ende.

Harald stand noch immer da, ein seltsames Lächeln um die Lippen. Fiabella sah sich nicht um. „Nun...?“ fragte sie abgebrochen, denn der Atem verlagte ihr.

Harald erwachte wie aus tiefem Schlaf. Sein Gesicht war bloß. „Ich danke Ihnen, mein gnädiges Fräulein, daß Sie mir diesen Tanz vorgespielt haben. Sie haben mir dadurch einen großen Dienst erwiesen...“

Die schöne Brasilianerin stand langsam auf, stülpte beide Hände rückwärts auf die Tasten. „Wie sonderbar Sie das sagen.“ Ihre Wangen verloren für einen Augenblick die schöne warme Goldfarbe.

„Sie versprechen es hervorragend, zu malen. Mit Musik zu malen: die Straße, und den Kausch, der von einem goldenen Öhring ausgeht, und die Todeslust der tanzdurchbehten Sinne. Mein Winkel ist arm gegen den, der Ihnen zu Gebote steht. Gestatten Sie einem stumperhaften deutschen Maler, sich zurückzuziehen... er kann sich mit Ihnen nicht messen.“

Höflich führte er die Hand, die sie ihm wie beschwörend entgegenstreckte, an seine Lippen.

„Graf Brack!“ Sie stammelte es fassungslos. Das warme Blut pulsierte in ihren Fingern. Das Blut, dessen Macht die Welt regiert, das alles bezwingende rote Blut! Es suchte ihn, suchte den Kontakt wieder heraufzustellen, der auf so unbegreifliche Weise verloren gegangen war.

„Ich sehe Sie bald wieder?“ fragte sie rasch und leise. „Vielleicht, mein gnädiges Fräulein.“ „Vielleicht?“ Sie lächelte, und zum erstenmal sah er, daß

der Stiff ihrer Frische nachgeholfen hatte. „Aber gewiß werde ich Sie wiedersehen!“

Eine kurze tiefe Verbeugung — Harald brach war gegangen.

Eine düsterrote Flamme fuhr jagend über ihre weiße Stirn dahin. Sie hob den Arm quer vor den Mund und riß mit den Zähnen die dünne Seide ihres Ärmels entzwei.

Harald hatte den Wagen weggeschickt. Er schlug einen wenig begangenen Weg im Tiergarten ein. Der seine säuerliche Duft junger Kleeblüten, gewedt durch die Mittagshitze, zitterte über dem trägen Wasser eines braunen Waldteiches. Es war etwas vom deutschen Wiesenduft, erfrischend und gesund.

Harald schnellte ein Steinchen über den dunkelblauen Wasserpiegel. Und da war es, als teilte sich die Tiefe unter der federnden Verührung. „Wenn ich nur das Gut nicht bekomme!“

Er ging weiter und dachte: Wenn ich nur das Gut nicht bekomme! Ein feiner Schauer prickelte über sein Fleisch. Wo hatte er die Frauen erkannt? In Mite Berner. In Fiabella Michelsen. Seine Nerven lebten das ab. Auch der Mensch in ihm, den er seine Seele nannte. Seine Sinne mochten suchen, aber anders —

„Ah, so anders! Hatte er das übersehen, als er an eine Heirat mit Fiabella dachte? Und nun war er gestraft. Was nutzte es, was half es ihm jetzt, daß sein Hirn die Frau nicht schuf, wie er sie ersehnte? Dies Kästelwesen, das ein Herz gehabt hätte, es ihm zu schenken.“

So heftig stieß ihn das Weibtum ab, das er heute erlebt, daß er beschloß, Berlin für ein paar Tage den Rücken zu kehren. Denn ganz Berlin war Fiabella Michelsen, und Fiabella Michelsen war ganz Berlin. Der Tiergarten durchschneidet von Rangmelodien! Die Menschen, die Frauen vergiftet von diesem peiniglichen Fluidum der Großstadt, das er verschmähte und das ihn doch beunruhigte!

Nein, Fiabella als Kleopatra würde er niemals malen. Auch wenn er das, Gut löste, nicht.

Er reiste heim, zu den Eichen von Brackenhof. (Fortsetzung folgt.)

Weltfunk

Die Parteileitung der katholischen Staatspartei Hollands erläßt anlässlich der Auflösung des Parlaments einen Aufruf, der sich für parlamentarische Demokratie, gleichweit entfernt von Oligarchenherchaft und Anarchie, ausdrückt und den nichtkatholischen Christen die Hand hinreckt zu „sauberer Arbeit für das Wohl des Gesamtvolkes“.

Englische Blätter lassen sich aus Warschau berichten, es herrsche dort die Besorgnis, es könnten die polnischen Arbeiter in der Industrie Westdeutschlands entlassen und in ihre Heimat zurückgeschickt werden, ebenso jüdische Polen, die erst nach dem Weltkrieg in Deutschland niedergelassen haben.

Ein Neuterbericht aus Warschau hebt in den Auslassungen des polnischen Außenministers Ved die Stellen hervor, wo von Ved der Nichtangriffspakt mit Rußland und die von „beiderseitigen guten Willen“ getragene „Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten“ stark unterstrichen sind. Die Auslassungen erfolgten im Auswärtigen Ausschuss auf Grund einer Anfrage über die deutsche Außenpolitik.

Der frühere französische Ministerpräsident Poincaré erklärte gegenüber einem Vertreter des „Marveille Matin“, einer der jetzigen Staatsmänner Deutschlands habe kürzlich die Leistungen Poincarés für Frankreich damit zu erklären gesucht, daß Poincaré deutsches Blut in den Adern habe, das ihn zu großen Leistungen befähige. War-le-Duc aber, wo er geboren sei, habe noch nie zu Deutschland gehört und sei auch im Kriege nicht von den Deutschen befehrt worden. Er müsse also das Kompliment, als Deutscher angesehen zu werden, zurückweisen.

Der „Daily Herald“ schreibt anlässlich der deutschen Wagnertreffen, in Deutschland habe sich nicht nur zugezogen, daß die politischen Verbände militarisiert worden seien, es sei jetzt auch durch die Hitler-Partei die Kunst vollstiftet worden, indem Wagner als Nationalsozialist charakterisiert und von dieser Partei öffentlich reklamiert worden sei. Freilich sei dabei geistlichlich übersehen worden, daß Bafunin, der Anarcho-Kommunist, zu den Freunden Wagners gehörte.

In einer Unterredung mit dem „Daily Express“ kündigt der frühere spanische Außenminister Lerroux die Auflösung des spanischen Parlaments und Neuwahlen für spätestens anfangs April an. Lerroux glaubt, daß die neue Regierungsmehrheit gemäßigter als die jetzige sein werde.

Die amerikanische Presse veröffentlicht die Erklärung der W.D. über die „Unerwünschtheit“ eines Reichskommissars südlich des Rains auszuführen. Obwohl auf Kommentare verzichtet wird, lassen die Ueberschriften der New Yorker Blätter erkennen, daß ihre Sympathien bei den „Föderalisten“ und nicht bei den „Unitaristen“ sind.

Die Pariser Zeitungen beurteilen die Lage auf dem Balkan recht trübe. Der „Lemps“ verweist darauf, daß Bulgarien die bulgarischen Freischärler in Südbosnien unterstülze und daß Italien gemeinsame Sache mit Kroaten und Slowenen mache. Auch Ungarn sei im Spiel als Lieferant von Waffen und Munition. Es seien Zustände herangerückt, die an die Zeit vor Ausbruch des Weltkrieges erinnern.

Die Moskauer „Pravda“ läßt sich aus Berlin berichten, daß „untrügliche Vorzeichen“ für einen Schlag gegen die kommunistische Partei sich häufen, weil er aber planmäßig bekannt sei, werde er als ein „Schlag ins Wasser“ ausfallen.

Dem „Tribune Press Service“ wird aus Buzarest berichtet, König Carol von Rumänien beurteile die revolutionären und sozialen Streiks im Lande als sehr ernst und rüste sich auf eine Flucht über die Grenze. Dagegen wollen englische Blätter wissen, ein Schiff im Schwarzen Meere warte auf

den König, weil die Nachbarländer ausnahmslos für ihn nicht sicher seien.

Im italienischen „Lavoro“ wird in Aussicht gestellt, daß ein Wechsel auf dem Posten des italienischen Vorkämpfers in Berlin bevorstehe. Voraussetzlich ist wegen des Regierungswechsels in Berlin die Bezeugung des Postens mit einem Intimus Mussolinis in Aussicht genommen.

Aus der katholischen Weltmission

Wie stark sich die katholische Kirche in Belgisch-Kongo entwickelt, erfährt man aus der Tatsache, daß dort im Jahre 1931/32 die Zahl der Missionsstationen sich von 46 auf 267 erhöhte, während die Gesamtzahl der Katholiken um 123 139 auf 939 516 stieg. Die Zahl der Taufbezeugten hob sich um 75 815 auf 679 783. Die Mitgliederzahl der Kirche hat z. B. zweifelloß die erste Million überschritten. Eine Million Katholiken im Herzen Afrikas! Beachtlich ist auch die hoch entwickelte Schulwesen. Es bestehen 5303 Volksschulen mit 812 618 Schülern, 21 Lehrerseminarien mit 1430 Studierenden, 124 Gymnasien mit 9899 Schülern, 104 Fachschulen mit 8733 Besuchern. — Das Flugzeug entwickelt sich immer mehr zu einem wertvollen Helfer der Missionare. Der Bischof von Hanoi (Tonking) verließ am 12. Januar Marseille im Wasserflugzeug und kam schon am 22. Januar in Saigon an (12 000 Kilometer in 10 Tagen). Da zwischen Saigon und Hanoi der Luftverkehr z. B. ruht, mußte der Bischof den West der Strecke in 80 Stunden Eisenbahnfahrt zurücklegen. Mit dem Flugzeug hätte er nur 7-8 Stunden benötigt. — In der Apoi, Präfektur Sarawak (Englisch-Borneo) feierte der erste chinesische Priester des Gebietes seine Primiz. Der Messe wohnten Priester und Laien aus fast allen Nationen bei. In Britisch-Borneo leben 38 000 Chinesen, deren Seelsorge der Neugegründete mit übernehmen wird — Tattfräftige Hilfe in der Zivilisierung der Indianerstämme von Choco (Kolumbien) leisten seit 28 Jahren die spanischen Missionare, Söhne des Unbesiegbaren Heiligen Mariä. Sie sammeln die an den Wasserläufen zerstreut wohnenden Indianer in Siedlungen. Fünf neue Ortschaften wurden von den Patres angelegt. Für eine dieser Ortschaften wurde ein zwei Kilometer langer Zuführungstunnel zwecks Wasserzuleitung unter Leitung eines Missionars in zäher Arbeit und unter großen Schwierigkeiten durchgeführt. Es ist bekannt, daß gerade die Missionare Kolumbiens sich als Brücken- und Begebauer um die Erschließung der riesigen Gebiete im Innern bzw. an den Abhängen der schwerzugänglichen Andenberge große Verdienste erworben. — In Peking starb der Lazaristenbischof Jarlin. Mit ihm ging ein rühmlich bekannter Veteran der chinesischen Mission dahin. Als Bfgr. Jarlin Bischof wurde, zählte das Apost. Vikariat Peking 40 000 Christen. 6000 davon kamen im Vorkriegsstand um. 1925 zählte der Sprengel 28 000 Katholiken. Wären die Gebiete von Kiating und Tientsin nicht vom Vikariat losgelöst worden, so zählte dieses z. B. fast eine Million Katholiken. Bischof Jarlin hat 6 Bischöfe und über 100 Priester die Weihen erteilt. — Die katholische Universität Loto veranstaltete eine große Feier zu Ehren des hl. Albertus Magnus. Es wurde ein von Vater Feuers S. J. verfaßtes kulturpolitisches Festspiel aufgeführt. Einen Vortrag über die Bedeutung Alberts des Großen hielt Vater Bernhard Tarte O. P. Dann sprach ein bedeutender katholischer Theologielehrer der Kaiserlichen Universität Loto (Prof. Koiaro Tanaka) über die Besonderheiten des mittelalterlichen Naturrechts, schließlich der Direktor des Zentralseminars zu Loto über das Universitätsleben z. B. Alberts des Großen.

Katholisch Kanada in Zahlen

Die katholische Gesamtbevölkerung Kanadas zählt — wie wir dem Almanach de l'Action sociale catholique de Quebec entnehmen — 4 089 647 Seelen, was gegenüber der letzten Zählung von 1901 einen Zuwachs von 708 910 Seelen bedeutet. Mehr als die Hälfte aller Katholiken, 2 458 285, wohnt in der Provinz Quebec; 715 848 Katholiken wohnen in der Provinz Ontario, die die größte Zahl Protestanten der verschiedenen Zweige aufweist. Die katholische Bevölkerung wird betreut von 7016 (6807 im Jahre 1931) Priestern, von denen 6045 Belgieseitliche und 1971 Ordensgeistliche aus 38 verschiedenen Ordensgemeinschaften sind. Daneben zählt man noch weitere 15 männliche und 96 weibliche Ordensgemeinschaften und Kongregationen. In die Missionen hat Kanada entsandt: 482 Ordensmänner und 671 Klosterfrauen. Zahlenmäßig folgen auf die katholische Bevölkerung die Angehörigen der nachfolgenden Bekenntnisse: 2 016 773 Mitglieder der vereinigten protestantischen Kirche, 1 635 289 Anglikaner, 870 468 Presbyterianer. An kleineren Religionsgemeinschaften verzeichnet die Statistik: 102 109 Griechisch-Orthodoxe (in Kanada zählt man insgesamt 186 587 mit Rom verbundene Griechisch-Orthodoxe), 155 592 Juden und 4 894 Heiden.



Aus der Landeshauptstadt



Nr. 52

Dienstag, den 21. Februar

1933

Karlsruher Querschnitt

Winter des Mißvergnügens

Er wird sich zwar wenig draus machen, der Winter, wenn wir ihn an dieser Stelle unser aller höchstes Mißfallen aussprechen. Immerhin verdient er ob seines unbilligen Verhaltens eine strenge Rüge! Winter des Mißvergnügens — unter dieser wenig dekorativen Benennung wird er dieses Jahr in die Geschichte eingehen. Und mit Recht! Denn wenn von uns hat er es in den verflochtenen Monaten eigentlich recht gemacht? Wohl keinem! Anstatt im November und Dezember, wie es der genannten Einheitsjahreszeit entsprechen hätte, mit einem Amagoneforps leidenschaftlich kalter Eisjungfrauen in unser Gebiet einzufallen und sich an Weihnachten und Neujahr der obligaten lyrischen Schneeverpackung zu bedienen, legte er zu dieser unpassenden Zeit eine ganze Kette warmer ozeanischer Zyklogen und wie die sonstigen Erfindungen der Wettermacher alle heißen, über sein Wirkungsgebiet. Im Januar frosteten dann die Sportfreunde mit ihren Skiern mühsam in der feuchten Luft umher, während der Winter hemmungslos seine Sturm- und Regenleidenheiten ausübte und lediglich die Eislaufbegeisterten mit einer Anzahl steifer Minusgrade abspießte. Und jetzt, am Ende des Monats Februar, eine Rafenlänge vor dem Beginn des klimatischen Frühlings, da dieser ihm langsam das flammende Sonnenschwert ins kalte Herz stoßen soll, da bekommt er plötzlich einen frostigen Rückfall, läßt einen strammen Ostwind durch die Straßen pfeifen, hängt zwischen die Sterne die stark ramponierte Silhouette eines kalten Mondes und schüttelt die Wolken, daß sie das Schneegemälde fast am laufen den Band produzieren. Dabei schiden sich schon überall an Gebüsch und Gesträuch die prallen Knospen zum ersten Start in den Frühling an, dabei sollen die ersten Frühlingsboten, die Dichter, begeistern! Aber eigentlich gehört dem Winter Lob und Dank dafür, daß er die dräuende Flut der Frühlingsgötter noch einmal eingefroren hat. Auch der übliche 1. Märzläufer oder der traditionelle Zirkonenläufer sind dieses Jahr auf der Redaktion ausgeblieben. Aber sonst? Wir kriechen wieder hinter den Ofen, wir frieren uns noch einmal die Nase rot, Schnee fällt, Schnee zergerst, nasse und kalte Füße drohen Grippe an, kalt hängt der Mond zwischen den Sternen, der Wind pfeift durch die Gassen, und die Weichen blühen immer noch nicht. Und an all dem schuld ist nur dieser Winter des Mißvergnügens...

Zeltgeusen im Ramplicht

Nicht nur die meteorologische Betrachtung bietet Anlaß zu gramlichen Bemerkungen, auch in der hohen Politik pfeift immer noch der gleiche winterliche Wind, und so manches blühende Zeitungslieben im deutschen Blätterwald ist unter der eisigen Fessel drakonischer Verordnungen für ein paar Tage erstarrt. Wir leben überhaupt in einer Zeit rauher, dabei aber durchaus nicht herzlicher Umgangsformen. Politischen Gegenständen wird tagtäglich mit Revolvern und Messern Nachdruck verliehen, gelegentliche Meinungsverschiedenheiten werden mit dem Gumminüppel wegradiert. Und selbst, wenn es nicht um Weltanschauungen und um die Rettung des Vaterlandes geht, sind viele Deutsche der Gegenwart gefährliche Explosivkörper. Dazu kommt, daß manche dieser pp. Zeitgenossen in ihrer Gefühlshaltung für den Wechsel der Dinge schlecht imprägniert sind. Zu dieser Kategorie gehört offenbar auch der hiesige „Führer“. Aus dem ehemals kleinen Schreibrufen ist er heute zum Herold des Dritten Reiches „emporgeschwungen“, der sich, ach so gerne, auch in Hitlers Gnadenzone wärmen möchte und es deshalb höchlich bedauert, daß die Intenität ihrer Strahlen noch nicht ganz nach Karlsruhe reicht. Daher auch das ständige hysterische Schreien nach dem Reichskommissar, an dessen Rodschöcke er gar zu gerne sich und sein Leid wegen der bösen Zentrumskritiker hängen möchte. Dabei übersteht er aber die Wägen im eigenen Auge. Denn wird vielleicht nicht die badische Regierung durch die Fragestellung und freche Beantwortung seines Artikels in der Samstagnummer: „Gilt in Baden auch Reichsrecht?“ beleidigt und „höflich verächtlich gemacht“, indem ein mehrtägiges Verbot des „Führer“ hier mit vollem Recht am Platz wäre! Daß der „Führer“ in seiner neuesten Denunziantenrolle und in seiner Anmaßung politischer Befugnisse „einen ganzen Kad Zeitungen dem Herrn Reichsminister des Innern überhand hat“ freut uns, auf diese Weise lernen doch wenigstens die Herren in Berlin kennen, was und wie man bei uns im Süden über sie denkt. Im Nebenrigen können wir dem „Führer“ bei der nächsten derartigen Sendung mit einigen ganzzahligen Auslieferungemplaren des „Blätters Beobachters“ und des „Führers“ behilflich sein, damit den Herren bei der Beurteilung der Kritik der Unterschied zwischen der Nazi- und der Zentrumspresse recht deutlich dokumentiert wird! Im Nebenrigen möge der „Führer“ nur ruhig nach dem Reichskommissar für Baden schreiben. Jedem das Seine! Wir werden unsere Tage trotzdem nicht mit den Händen an der Hosennaht verbringen. Das badische Volk aber wird, was auch immer geschehen möge in der Zwischenzeit, am 5. März dieser neuesten Berlinerlei des „Führer“ die entsprechende Antwort geben. Klar und unmißverständlich wird diese Antwort auf die Frage sein, welcher Unterschied zwischen einem Kristallgefäß und einem Stiefel abfaß besteht...

+ Wahl von Sachauschüssen beim Landesarbeitsamt Südwestdeutschland. Nach einer Bekanntmachung des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland sind bei den Sachabteilungen für die Landwirtschaft bzw. für das Hotel- und Gastwirtsgebetriebe die Sachauschüsse wieder neu zu wählen. Die Zahl der Mitglieder jeder Gruppe bleibt die gleiche wie bisher; die bisherigen Mitglieder und Stellvertreter können wieder vorgeschlagen werden.

Nicht der richtige Weg!

Zufälligkeiten in der Notengebung entscheiden Schicksale

Zum mittleren Justizdienst in Baden kommen für das ganze Land zehn junge Leute zur Neuaufnahme in Betracht. Sie müssen Primareife haben und — wie aus der neuesten Verfügung hervorgeht — in Deutsch, Geschichte und Mathematik die Note „gut“. Dieser Forderung gegenüber stehen wohl tausend junge Arbeitswillige mit guter Vorbildung; aber das Schicksal ihrer Berufswahl wird zwischen an dem Felsen des Berechtigungszeichens, an der Notengebung etwa des Mathematiklehrers, der die Note „ziemlich gut“ statt „gut“ gibt, und nicht zuletzt an der überzogenen Zahl der Mitbewerber. Die Jahre hindurch wettren man im Landtag und in der Schule gegen den Baden des Berechtigungszeichens. Wenn es aber drauf und dran kommt, steigt dieser Sprungteufel wieder aus der Schachtel und mäht Hoffnungen nieder, wie der Schmitter das Gras.

Man versteht das Ministerium in Baden, wenn es sich einem gewaltigen Lieberangebot von jungen Kräften gegenüber irgendwie zu „schützen“ sucht. Unter tausend jungen Leuten gehen auszusuchen, ist mehr als ein undankbares Geschäft. Ob aber die Flucht in die Notengebung der höheren Schule der richtige Weg der Auslese ist, magt mehr als ein ehrlicher Schulmann zu bezweifeln. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Notengebung der höheren Schulen ungleichmäßig ist,

d. h. ein Schüler der Kleinstadt z. B. kann in allen oben genannten Fächern „gut“ haben. Der Vater wird in eine Mittelstadt veretzt, und die Noten in allen drei Fächern können auf „hinlänglich“ herabinken. Die Lehrer der höheren Schulen sind in ihrer Notengebung in keiner Weise einem Zwang unterworfen. Der Unterricht der höheren Schulen ist seit vielen Jahren ohne ernste Nachprüfung der Leistungsfähigkeit der Lehrer geblieben. Gerade die besten Schulmänner in Baden haben von jeher verlangt, daß die Ergebnisse ihres Unterrichts einem Maßstab unterworfen werden, schon weil sie den Eltern und den Schülern selbst gegenüber „mit reiner Weite“ dastehen wollen. Bislang vergeblich! Wenn man auf einmal heute von den Zufälligkeiten einer solchen Notengebung ganze Lebensschicksale abhängig macht, ist ein Maßstab in der Notengebung künftig „lebensnotwendig“, wie ein solcher auch vor dem Krieg bestanden hat. Zur „Ordnung“ im Staat gehört es, daß eine Behörde sich den ganzen Menschen anseht, der sich im Dienste dieses Staates betätigen soll, wenn er im Grame frisch und unvorberichtet vor die zu lösenden Aufgaben gestellt wird. Das heutige Abitur allein ist das Gegenteil davon. Eine Beförderung nur auf drei „gute“ Noten im Zeugnis starrt, wird eine Auslese treffen, die ihr nur eine schmerzliche Ueberraschung bereitet.

Ermittelte Fahrraddiebe

Am 18. 2. 33 entwendete ein verb. Kaufmann aus Karlsruhe gegen 6.15 Uhr in der Amalienstraße ein Herrenfahrrad, konnte aber vom Eigentümer kurze Zeit danach betreten und durch die Polizei festgenommen werden. Das Fahrrad wurde dem Eigentümer wieder ausgehändigt. Bei der in der Wohnung des Täters vorgenommenen Durchsuchung wurden weitere 5 Fahrräder, darunter 2 Damenfahrräder, vorgefunden. Von diesen hatte der Täter nach eigenem Geständnis ein Herrenfahrrad vor längerer Zeit in der Holzstraße und ein zweites vor etwa acht Tagen vor dem Amtsgericht hier entwendet. Ueber die Herkunft der drei übrigen Räder, die der Täter käuflich erworben haben will, sind noch Ermittlungen im Gange.

In einem Hause der Markgrafenstraße konnte ein 31jähriger Arbeiter vor auswärts, der vor einiger Zeit ein Damenfahrrad, über dessen Erwerb er sich nicht ausweisen konnte, und das, wie nachträglich festgestellt wurde, von einem Diebstahl herührt, als Pfand zurückgelassen hatte, festgenommen und in das Bezirksgefängnis wegen Verdunkelungsgefahr eingeliefert werden.

Die Aufnahmeprüfungen an den höheren Lehranstalten

Während das Ministerium des Kultus und Unterrichts die Aufnahmeprüfung in die Sexta der höheren Lehranstalten auf den 23. Februar 1933 angelegt hat, ist für diejenigen, die sich einer Aufnahmeprüfung für die Klassen Quinta bis Oberprima unterziehen wollen, keine Bestimmung getroffen worden. Es bleibt vielmehr den Direktoren überlassen, die Prüfungen anzubereiten. Befinden sich an einem Ort mehrere höhere Lehranstalten, so wird für alle der gleiche Tag angelegt. Doch sollen diese Aufnahmeprüfungen in Berücksichtigung der Wünsche der Erziehungsberechtigten gegen Ende des laufenden Schuljahres abgehalten werden, sie dürfen aber auch ausnahmsweise nach den Osterferien, also bei Beginn des neuen Schuljahres, stattfinden. Das Nichtbestehen der Aufnahmeprüfung vor den Ferien schließt die Zulassung zu einer weiteren Aufnahmeprüfung nach den Ferien aus. Auch ist besonders zu beachten, daß nach den neuen Verfügungen Bestimmungen nur solche in Interprima oder Oberprima aufgenommen werden dürfen, die bei der Aufnahmeprüfung mindestens die Durchschnittsnote 3,50 in den verbindlichen wissenschaftlichen Lehrgegenständen erreicht haben. Diese Beschränkung beruht darauf, daß in den höheren Lehranstalten Schüler der Oberprima, deren Durchschnittsnote sich unter 3,50 befindet, nicht nach Interprima veretzt werden dürfen.

Die nächste Prüfung für den einfachen mittleren Justizdienst wird im Mai 1933 abgehalten werden. Anmeldungen zu dieser Prüfung sind bis spätestens Ende März 1933 auf dem Dienstwege beim Justizministerium einzureichen.

Tragisches Ende eines Familienstreites. Nach einer häuslichen Auseinandersetzung ging ein verheirateter Mann am Samstag mittag auf den Friedhof, wo er sich am Grabe seiner verstorbenen Tochter an einer Trauerweide erhängte.

Beirrgerischer Reisender. Festgenommen wurde am 18. 2. 33 ein lediger, 32 Jahre alter Kaufmann aus Frankfurt, der seit Mitte September hier und in einer großen Anzahl von Städten in Mitteldeutschland in unbedeutender Weise als Vertreter einer Kölner Firma bei prominenten Persönlichkeiten Gelder kassierte und diese für sich verbrauchte. Außerdem verübte der Betreffende hier und in anderen Städten eine große Anzahl Logieschwindelen in Hotels und Gasthäusern.

Windthorstbund Karlsruhe:

„Wo steht Deutschland?“

In Vorbereitung des Wahlkampfes sprach am vergangenen Freitag im WW Karlsruhe der Landesbundesführer der badischen Windthorstbunde H. F. Schermer über das oben genannte Thema. Dieser Bundesabend durfte sich ebenfalls, wie der vorausgegangene, einer lebhaften Anteilnahme aus den Kreisen der katholischen Jugendgemeinschaft erfreuen, ein Zeichen, daß die Jugend auch in diesem entscheidungsvollen Wahlkampf treu zu der Fahne ihrer Väter steht.

Der Redner führte ungefähr folgendes aus: Unzweifelhaft stehen wir an einer entscheidenden Wende geistigen und politischen Geschehens im abendländischen Kulturkreis, ganz besonders aber in Deutschland. Revolutionäre Neugestaltung in russischem Sinne will der Kommunismus, Neugestaltung will der stark atheistisch durchsetzte Sozialismus. Aus dem ewigen Jugendbrunnen altchristlicher Lehren schöpfend will das Zentrum eine Er-

neuerung Deutschlands. In bewusstem Gegensatz zum internationalen Marxismus will der Nationalsozialismus eine Synthese zwischen Nationalismus und Sozialismus suchen, eine revolutionäre Neugestaltung. Aber wie immer in der Geschichte fehlen auch nicht diejenigen Gruppen, die läche an dem Vergangenen festhalten wollen, die Kräfte der Reaktion. Die wirtschaftspolitische Reaktion stützt sich auf Anhänger und Führer des manchesterlichen Liberalismus in der Wirtschaft, vor allem in der Schwerindustrie. Die staatspolitische Reaktion stellt die altpreussischen Herrenschicht hat der Weltkrieg gerührt, aber Schwierigkeiten in der Nachkriegszeit bereiten der Reaktion von neuem den Boden. Sie sammelt sich in politischen Klubs — Herrenklub — und verucht unter Einsatz gesellschaftlicher Beziehungen Politik zu machen. Nach dem Krieg trugen die Verantwortung vorwiegend die demokratischen Parteien

Aus der kath. Jugend

Achtung! Jungmädchen und Jungmänner. Mit großer Begeisterung hat die Führerschaft der Karlsruher Jugend eine Kundgebung während der Anwesenheit des hochw. Herrn Generalpräses Ludwig Woller in Karlsruhe beschlossen.

Sonntag, den 12. März 1933, abends 20.15 Uhr steigt sie nun

für Christ Reich und ein neues Deutschland.

Dies Arbeit ist bis dahin noch zu leisten. Neben vielem anderen wollen wir bei der Kundgebung drei neue Lieder gemeinsam singen; darum schickt jeder Teilnehmer

Dienstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr,

in den Singaal der St. Elisabethkirche, Südbadstraße, die „Musikgewaltigen“ — Klavierspieler, Sänger und Sängertinnen — (5 bis 6 Leute) zur einheitlichen Einkundierung, damit diese Leute dann nächste und übernächste Woche in den Vereinen und Bänden die neugelernten Lieder einüben!

Promotion. Wie wir hören, hat Herr cand. phil. Oskar Köhler, der Sohn des Betriebsingenieurs Stefan Köhler, hier, Trauerstraße 6 wohnhaft, in Freiburg mit summa cum laude zum Doktor promoviert. Herr gratulieren dem neugeborenen Dr., der auch zu unsern geschätzten Mitarbeitern gehört, zu seinem schönen Erfolg!

Bestandene Staatsprüfungen. Die Staatsprüfung für das künstlerische Lehramt in Musik an höheren Lehranstalten und an Fachschulen haben auf Grund der im Herbst 1932 abgeschlossenen Staatsprüfung drei Kandidaten bestanden. Die Staatsprüfung für das höhere Lehramt an Handelsschulen im Januar 1933 haben drei Kandidaten bestanden.

Nach Leipzig verpflichtet. Die jugendliche dramatische Sängerin am Badischen Landes-theater, Ellen Winter, ist nach sehr erfolgreichem Gastspiel von der neuen Spielzeit ab an das Leipziger Stadttheater verpflichtet worden als Nachfolgerin der Ella Fleisch, die an die Frankfurter Oper übertritt.

Vergehen gegen die Straßenpolizeiordnung. Zur Anzeige gelangten mehrere Personen, weil sie in der Kaiserallee, die in drei Fahrbahnen eingeteilt ist, mit ihren Fahrzeugen die linke Fahrbahn im Sinne der Fahrtrichtung befahren haben, obwohl deutlich sichtbare Verbotstafeln angebracht sind.

Verbinde politische Keibereien. Mehrere Umzüge der NSDAP. und der Eisernen Front, die am Samstag und Sonntag durch Karlsruhe und umliegende Ortschaften durchgeführt worden sind, verliefen ohne größere Zwischenfälle. Wo Keibereien zu entstehen drohten, konnten sie durch den den Jüden beigegebenen Polizeischutz unterdrückt werden.

Diebstähle. Am 18. 2. 33 gegen 19 Uhr wurde einer Frau in einem hiesigen Kaufhaus beim Gedränge im Fahrstuhl ein Geldbeutel mit 20 RM. Inhalt von unbekanntem Täter aus ihrer Handtafche entwendet. — In einem Hause in der Jahnsstraße wurde am 18. 2. 33 gegen 11 Uhr ein für auf dem Fensterbrett liegender Geldbeutel mit Inhalt im Gesamtwert von 8 RM. von einem bis jetzt noch unbekanntem, etwa 25 Jahre alten Manne entwendet.

Gang über den Markt. Auf dem getrigen Wochenmarkt gab's reichlich Butter und Eier und reichlich Gemüse und Obst. Etwas geringer war das Angebot an Wild und Geflügel. Die Kaufkraft war im allgemeinen gering.

in der Sozialdemokratie, Staatspartei, Volkspartei und Zentrum des öfteren auch die konservativen Kräfte der Deutschen Nationalen Volkspartei. Seit Jahren eritreit der Nationalsozialismus die Macht. Die Reaktion versucht sich diese Bewegung dienstbar zu machen. Die wirtschaftliche Reaktion mit ihrem Exponenten Eugenberg erobert die Deutsche Nationalen Volkspartei, deren konservativste Elemente hinausgedrängt werden. Sie wird gleichzeitig auch Schildträger der staatspolitischen Reaktion, als deren Führer sich Herr v. Papen entwickelt. Ihre Ziele sind: Beseitigung der parlamentarischen Grundlage, Herausdrängung des Zentrums aus der staatspolitischen Mitarbeit, Eroberung Preußens und über Preußen das Reich, Sicherung ihrer Macht durch Maßnahmen auf der Grundlage des Staatsnotstandes, Zurücksetzung des sozialistischen Flügels im Nationalsozialismus. Die Deutschen Nationalen haben sich unter Führung Eugenbergs jeder parlamentarischen Mitarbeit verweigert. In der Weimarer Verfassung sehen sie ein Hindernis für die Verwirklichung ihrer reaktionären Ziele. Ihre Störversuche zur Vermeidung einer Annäherung zwischen NSDAP und Zentrum waren von Erfolg. Die Deutschen Nationalen haben mit teilweiser Unterstützung der NSDAP die unter Brüning angebahnte konservative Entwicklung auf parlamentarischer Grundlage gestört. Den Anlaß dazu gab das Dithmarscher Brünings, aus dem eine materialistische, selbstsüchtige, die Allgemeinheit schädigende Aktion der preußischen Junker gemacht, eine Sabotage nationaler Interessen, ein Dolchstoß für das deutsche Volk wurde. Deutsche vaterländische Interessen deden sich nicht mit Privatinteressen nichtwirtschaftlicher Großgrundbesitzer, deren Abenteurerie absolut keine Sonderbehandlung rechtfertigt. Nehmt man vertuschen und tarnen durch Falschmeldungen und allgemeinen Volkstretungs-schub für die Landwirtschaft.

Macht geht vor Recht. Nach diesem Grundsatz führt die Regierung den Kampf um Preußen. Ihr Weg war die Vereitelung einer parlamentarischen Lösung der preußischen Regierungskrise, die gewaltmäßige Vereitelung der bisherigen Regierung. Die Preußenregierung wird vom Reich abhängig gemacht, aus allen maßgeblichen Verwaltungsfunktionen werden die demokratischen Beamten entfernt. Mit der Absetzung der Regierung Braun-Severing will die Reichsregierung den Reichsrat erobern.

Das Zentrum hat mit Eugenberg gar nichts gemein, mit den Nationalsozialisten das Bestreben einer sozialen Lösung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Im jetzigen Kampfe stehen wir ungebunden allein. Wir müssen kämpfen gegen Hitler und Eugenberg. Unser Ziel muß sein: Eine starke Volksfront der Mitte für Wahrheit, Freiheit und Recht, ein starkes, ein härteres Zentrum.

Am nächsten Freitag, den 24. Februar findet im Saale des „Kroftobil“ eine Kundgebung des Jungzentrums Karlsruhe statt mit einer Rede des Herrn Generalsekretärs Raur über: „Was wir kämpfen für?“

Kündigungserzicht bei freiwilliger Gehaltskürzung

Zu der Frage, ob ein Angestellter, der auf dringendes Ersuchen seiner Firma außerhalb seines Vertrages in eine Gehaltskürzung willige, gleichwohl eine Kündigung zum nächstzulässigen Termin gegen sich gelten lassen müsse, hat das Landesarbeitsgericht Berlin in einer bemerkenswerten rechtskräftig gewordenen Entscheidung vom 9. 1. 1932 (107 S. 141/32) Stellung genommen. Es hat, wie der Zeitungsdienst der Vela, Vereintigung der leitenden Angestellten e. V., hervorhebt, die der Rechtsauffassung des Volkes entsprechende Erklärung abgegeben, daß eine freiwillige Gehaltskürzung hinsichtlich des Kündigungsrechtes ausschließe. Das Landesarbeitsgericht hat ausdrücklich gesagt, eine andere Auffassung wäre „nicht im Einklang mit Treu und Glauben im Arbeitsleben und mit den guten Sitten“. Der Angestellte habe seiner Gehaltskürzung zugestimmt in der offenkundigen Absicht, „seine Bezüge der Wirtschaftslage der Firma anzupassen und dadurch seine sonst gefährdete Stellung im Betriebe auf festere, unangreifbarere Grundlagen zu stellen“. Es tue nichts zur Sache, daß er der Firma diese Gedankengänge nicht ausdrücklich vorgetragen habe. Die Firma hätte gegebenenfalls die Gehaltskürzung verlangen oder annehmen müssen mit einem Hinweis darauf, daß dadurch das ihr zum nächsten zulässigen Termin zustehende Kündigungsrecht in feiner Weise berührt werde. „Eine derartige Andeutung, die für den Entschluß des Angestellten von Bedeutung hätte werden können, mußte sie machen, wollte sie sich nicht dem Vorwurf eines illoyalen Handelns aussetzen. Sie müssen dem Angestellten daher Schadenersatz leisten. Uebrigens war er dreißig Jahre in Diensten der Firma gewesen.“

Freiwilliger Arbeitsdienst und Jugendnotwerk im Haus der Gesundheit in Karlsruhe

Das Haus der Gesundheit in Karlsruhe hat sich auch in diesem Winter wieder in den Dienst verschiedener Veranstaltungen für erwerbslose Frauen und Mädchen gestellt. Ende Januar wurde ein seit Mitte November 1932 eingerichteter Freiwilliger Arbeitsdienst beendet, an dem 35 junge Mädchen regelmäßig teilgenommen haben. Die geleistete Arbeit kann der Winterhilfe zugute, vor allem wurde Säuglings- und Kleinkinderwäsche für Brode der ländlichen Fürsorge genäht. Aber auch die anderen im Haus der Gesundheit vereinigten Gesundheitsfürsorgeverbände konnten für ihre Fürsorgebedürftigen manch warmes Kleidungsstück angefertigt bekommen. Der Fleiß und Eifer war groß und viele der Teilnehmerinnen konnten ihre allzu bescheidenen Mähenntnisse erweitern, was den jungen Mädchen auch im späteren Leben noch wertvoll sein dürfte. Anschließend an die stündliche Arbeit fanden täglich 2-3 Betreuungsstunden statt, die vor allem der hygienischen Belehrung sowie der seelischen und körperlichen Erleichterung dienten. Drei Mahlzeiten sorgten für das leibliche Wohl.

Das Haus der Gesundheit dürfte diese Maßnahme als eine erfolgreiche Arbeit buchen, und es wurde nur bedauert, daß angesichts der Geldknappheit eine Verlängerung dieses freiwilligen Arbeitsdienstes nicht möglich war.

Um so begrüßenswerter ist es, daß die Lebtätigkeit des Hauses der Gesundheit neuerdings im Rahmen des weiblichen Jugendnotwerks aufgenommen werden konnte. Es finden z. B. je ein Koch- und ein Nähkurs statt, dessen Unterrichtsstunden in alle Fragen der Hygiene in Familie und Haushalt einführen. Auch Gymnastik, Singen und Basteln kommen zu ihrem Recht. Mittags wird eine vom Kochkurs zubereitete warme Hauptmahlzeit verabreicht. Die Eindrücke des ersten Tages lassen hoffen, daß auch diese Veranstaltung des Hauses der Gesundheit nicht nur einem allgemeinen sozialen Bedürfnis entspricht, sondern zugleich eine dauernde wertvolle Bereicherung der weiblichen Jugend bedeutet.

Luise Kauh 70 Jahre alt. Der weithin bekannten und verehrten Frau Luise Kauh geb. Verhild, der Freundin der verstorbenen Kaiserin Königin Lina, am 20. Februar, 22. Februar, ehrend zu gedanken, ist eine Dankespflicht. Aus ihrer segensreichen Tätigkeit während des Weltkrieges sei nur einiges besonders hervorgehoben. 1914/15 hat Frau Kauh 9 Lazarette und 11 Lazarettzüge mit sterilerster Krankenpflege versehen. Viele deutsche Städte haben 1915 die Kriegswirtschaft nach ihrem Vorbild eingerichtet. 66 Wanderlehrerinnen für Schuhkurse wurden von Frau Kauh ausgebildet und Schulkurse in Stadt und Land in Baden, Württemberg und Bayern organisiert. Für das Kindererholungsheim Elmstein hat Frau Kauh die meisten Gaben gesammelt und nicht zuletzt wurde das Kindererholungsheim Speierbrunn durch ihre Vermittlung geschaffen. Ihre umfassenden hauswirtschaftlichen Kenntnisse behielt Frau Kauh nicht für sich, sondern suchte sie in Form von Vorträgen ihren Mitbewohnern dienstbar zu machen. Ihre Leistungen auf dem Gebiete der Kranken- und Krüppelfürsorge sind außerordentlich groß, und verschiedene Anstalten, Klöster usw., die ihren Namen tragen, verdanken ihre Taten.

Spiel und Sport

Karl Schäfer wieder Kunstlauf-Weltmeister

Der zweite Tag der Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften auf der Dolder-Eisbahn in Zürich brachte die Kürübungen. Erwartungsgemäß behauptete sich Weltmeister Karl Schäfer (Wien) auch dieses Mal wieder in eindrucksvoller Manier und gewann erneut den Weltmeistertitel. Einen sehr ehrenvollen zweiten Platz sicherte sich der Deutsche Ernst Baier (Berlin). Der Berliner Gaertel konnte den fünften Platz einnehmen.

Ergebnisse: 1. Karl Schäfer (Österreich) Platznummer 5 Punkte 399,04; 2. Baier (Deutschland) 11 P. 371,19; 3. Niskanen (Finnland) 17 P. 352,80; 4. Erdös (Österreich) 17 P. 351,9; 5. Gaertel (Deutschland) 28 P. 338,35; 6. Schollman (Österreich) 28 P. 330,02.

In den Rahmenwettkämpfen sicherte sich die Österreicherin Hilde Holowitsch ein internationales Damen-Kunstlaufen vor der Österreicherin Rainer. Die jugendliche deutsche Meisterin Herber lam auf den vierten Platz.

Stuttgarter Sechstagerrennen

Der Sonntagmittag verlief vor 2000 Zuschauern überaus lebhaft. Schon bei der ersten Spurtserie gab es Jagden und zahlreiche Ueberdrehungen. Besonders Fürtgen/Gödel und Österreich/Altendörfer zeichneten sich hier aus.

In der schwachbesetzten Stadthalle gab es am Sonntagabend bis gegen 22 Uhr keine Ereignisse von Belang. Um 22 Uhr waren 1184,7 Km. gefahren; der Stand des Rennens um 23 Uhr war folgender:

Spitze: Fietz/Breuh 155 Punkte, 2. Rd. zur: 2. Nicht/Björnburg 280 Punkte, 3. Allan/Wühfeld 221 Punkte, 4. Wambö/Woulton 45 Punkte, 4. Rd. zur: 5. Umbenhauer/Funde 149 Punkte, 5. Rd. zur: 6. van Kempen/Meijer 171 Punkte, 7. Fürtgen/Gödel 107 Punkte, 8. Binari/Dinale 70 Punkte, 6. Rd. zur: 9. Gilgen/Bähler 88 Punkte, 7. Rd. zur: 10. Österreich/Altendörfer 45 P., 11. Rd. zur: 11. Stehl/Reißler 85 Punkte.

Auf dem Gebiete der Frischhaltung gehört sie zu den ersten und eifrigsten Pionieren. Nach der Inflationszeit haben ihre Axta L. Präparate in Metzgereien des In- und Auslandes weiteste Verbreitung gefunden. Bereits vor dem Krieg hat Frau Kauh für ihre medizinischen Säfte in medizinischen Apotheken vier Mal die Goldene Medaille erhalten. Während des Krieges hielt sie unabhägige Vorträge in Stadt und Land mit Rezeptangaben. Frau Luise Kauh, die am 22. Februar ihren 70. Geburtstag feiert, ist in der Pfalz geboren und lebte in Karlsruhe. Im März wird diese Hofkammerin nach Baden-Baden übersiedeln, wo sie in einer Forschungsanstalt mitarbeiten wird. Für die badische Landeshaupstadt bedeutet dies ein nicht geringer Verlust.

Vergessen Sie nicht

**falls noch nicht geschehen,
die Erneuerung des
Abonnements für
März vorzunehmen**

Das Kunstreferat im Unterrichtsministerium. Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: In verschiedenen Tageszeitungen ist anlässlich der notwendig gewordenen Neuverteilung der Referate im Unterrichtsministerium die Behauptung aufgestellt worden, daß Oberregierungsrat Dr. Weismann das Kunstreferat entzogen worden sei, und hinzugefügt worden, daß der Grund für diese Maßnahme in den in letzter Zeit erfolgten Verurteilungen an die Akademie der bildenden Künste liege, die in der Öffentlichkeit einer scharfen Kritik unterzogen worden seien und die sich durch die Ausstellungen der betreffenden Akademielehrer im Badischen Kunstverein noch verstärkt habe. Demgegenüber wird festgestellt, daß der Referent für Kunstwesen als solcher keine Verantwortung für diese private Ausstellung trägt und wie jedes andere Mitglied des Kunstvereins erst nach Eröffnung der Ausstellung die Bilder zu Gesicht bekommen hat, und weiterhin, daß die Professoren, deren Bilder zum Teil beanstandet worden sind, alle durch den jeweiligen Minister berufen worden sind, schon bevor Oberregierungsrat Dr. Weismann das Kunstreferat übernommen hatte.

Von der Badenwacht

Die Bereitschaft Wülzburg hielt vergangenen Sonntag einen Kameradschafts-Abend im Gemeindehaus „Zur Westendhalle“ ab. Das Programm war sehr reichhaltig und hinterließ bei den zahlreichen Freunden von hier und auswärts den besten Eindruck. Abteilungsleiter Burg begrüßte eingangs hochm. Herrn Stadtpfarrer Fischer, unser Führer, Generalsekretär Baur, den Gauführer Boffi, die Vorsitzenden des Männervereins, Straub und Köhler, die Mitglieder des Arbeitervereins und alle Gäste, besonders die Kameraden von Karlsruhe-Eid und Malsch. Nach schneidigem Marsch des Jugendorchesters erkundete Herr Karl Ritter mit zwei prächtigen Tiaras-Solis. Den Höhepunkt des Abends bildeten die begeisterten Reden unserer beiden Führer Baur und Boffi. Kamerad Baur behandelte brennende Fragen der Tagespolitik, betonte insbesondere die Notwendigkeit unserer Organisation in heutiger Zeit. Er brachte in überzeugender Weise zum Ausdruck, wessen und welcher Kampf gegen uns Katholiken entbrannt ist, daß dieser Kampf die Entscheidung bedeute im kulturellen und politischen Leben. Mit schneidender Schärfe wandte er die Angriffe ab, die man von rechts auf die Vaterlandstreue des Zentrums machte, brachte Beispiel um Beispiel vom Heroismus deutscher Katholiken in abgetrennter und besetzten Gebieten. Wir wären bereit gekommen in Vergebung und Verächtlichmachung im Vaterlande, verurteilt durch Volksgenossen und Führer, die Nationalgefühl in Erbacht zu haben glauben!

Drittes internationales Eisrennen auf dem Titisee

Die Ausfahrten für die Abhaltung des auf den 26. Februar verschobenen 3. Internationalen Eisrennens auf dem Titisee des N.M.G. Gau 18 Baden haben sich infolge des herrlichen Winterwetters der letzten Tage bereits eingeleitet, daß schon heute mit der Durchführung der Veranstaltung unbedingt gerechnet werden kann. — Seit einigen Tagen sieht man die zum ersten Termin bereits eingetroffenen Rennfahrer eifrig beim Training. Das Notorengeschumm über der weiten glatten Eisfläche des Sees ist geeignet, die frühe Stimmung, welche im Hochschneegebiet durch die infolge der Witterungsverhältnisse notwendig geordnete Verlegung aufgefunden war, langsam wieder zu verschmelzen und der frohen Hoffnung Platz zu machen, daß das herrliche Titisee-Eisrennen, für welches ein ganz gewaltiges Interesse sowohl in Fahrer- als auch Publikumskreisen des In- und Auslandes zu beobachten ist, nun doch abgehalten werden kann.

Die Fahrer, die zum ersten Termin ihre Rennungen abgegeben hatten, haben fast ausnahmslos ihre Teilnahme zum neuen Termin zugesagt und für einige wenige, die durch anderweitige Verpflichtungen abgehalten sind, konnte vollwertiger Ersatz gefunden werden. Die Rennorganisation hat in den letzten Tagen die Arbeiten mit Nachdruck und froher Zuversicht wieder aufgenommen.

Vom Firmenport

Wülfelschhaus „Fortuna“ — FA. Ampel 2:2 (0:2).

In diesem Treffen auf dem Verlaßplatz standen sich gleichwertige Gegner gegenüber. Das unentschiedene Ergebnis war daher den Leistungen beider Parteien gerecht. In der ersten Spielhälfte konnten die gutspielenden Fußballer der FA. Ampel 2 Tore vorlegen, die jedoch nach Halbzeit durch Fortuna wieder ausgeglichen wurden.

Gauführer Boffi führte in fesselnder Weise den Zweed, die Ziele und Leistungen unserer Badenwacht vor Augen. Er dankte den Kameraden für ihre treue Arbeit und ihre Opferbereitschaft und lobte den Vorkampf der Jugend. Einen besonderen Appell richtete er an die Männerwelt, die wohl vereinzelt, aber noch nicht überall genügend vertreten sei. Das katholische Volk hätte doch aufpassen müssen die ein Mann über alle die Schwärmungen und Verleumdungen unserer Führer und Führer. Statt dessen gibt es noch Glaubensgenossen in anderen Lagern, bei unfernen schlimmsten Gegnern, die nicht wissen, oder wissen wollen, was für uns in Aussicht steht! Bei dieser Wahl müssen alle aufgerollt werden. 100prozentig müssen wir abstimmen und hierfür wird arbeiten und kämpfen die junge Stoßtruppe, die Badenwacht. Ihre Väter und Mütter, schickt eure Jungen zu uns, laßt sie kämpfen werden, wie es eure Väter waren, ihr selbst aber tut eure Pflicht am Tage der Entscheidung, kämpft alle mit für unsere Volksgemeinschaft für Wahrheit, Freiheit und Recht! — Nach einem Rufstünd folgend Jiu-Jitsu-Übungen, die in den Übungsabenden gepflegt werden. Ganz beachtliche Leistungen von Gemadheit im einzelnen und in Paaren wurde gezeigt. Diese Selbstverteidigungslehre dürfte produktiver sein für Körper und Geist als wie manch andere einseitige „Sportart“ (!)

Dann folgten heitere Darbietungen, aktuelle politische Dinge in Karikatur und Sprache, ein kleiner Schwanz, bezieht: „Im gülden Schwanz“, von verschiedenen Kameraden in toller Laune gemimt, so daß der geplagte Mensch wieder mal in erlösenden Lachen ausbrechen durfte. Das Deutschlandlied schloß diesen schönen Abend.

Nicht herumtummeln lassen!

Wenn der Frühling kommt, geht auch die Gatz in Feld und Wald wieder los. Wildernde Hunde machen sich dann wieder hinter Hecken und Büschen her und die Büsse sind zahlreich, wo diese Tiere von Hundengriffen werden. Nur weh aber jeder, daß wir heute nicht in geordneten Verhältnissen leben, daß vielmehr die Wirtschaftslage so ist, daß jeder einzelne heute keine Lei durch Nachschaffung entfallenden Verlust tragen kann. In den seltensten Fällen aber gelang es, den Eigentümern eines wildernden Hundes festzustellen. Wo es aber gelingt, da muß der Hundebesitzer ordentlich bestraft werden; die Gefahr der Unfälle ist erheblich, die dem Wohl der Gesellschaft gestellt werden. Auch ist der Jagdrechtliche nach der Tier- und Pflanzenzuchtverordnung vom 16. 12. 29 bestraft, ohne weiteres unbeaufsichtigte Hunde, die sich im Felde herumtummeln, zu töten. Er hat nicht nötig, vorher nach den Weisung zu warten oder auf den Wert des Tieres Rücksicht zu nehmen. Es liegt also in der berechtigten Interesse, zur kommenden Frühlingzeit an diese Verordnung zu denken und die Weisung zu beherzigen, daß Hundebesitzer ihre Hunde nicht herumtummeln lassen. Der Schaden ist viel zu groß, der durch wildernde Hunde verursacht werden kann.

Welpenzugegnisse für Kartoffelsendungen

Die Hauptstelle für Pflanzenzucht am Badischen Weinbau-Institut gibt folgendes bekannt: Mit dem demnächst beginnenden Frühjahrsgeschäft mit Kartoffeln werden auch mehr oder weniger größere Mengen zum Export gelangen. Auszuführende Kartoffelsendungen müssen von Exportursattellen begleitet sein, welche von der Hauptstelle für Pflanzenzucht ausgestellt werden. Verzögerungen in der Ausstellung der Wechseltung für die Ausfuhr von Kartoffeln, Pflanzen usw. sind nur dadurch zu vermeiden, daß die Exporturteile möglichst schon bei der Bestellung der Zugsstoffe, spätestens aber bei der Verladung der Sendungen alle erforderlichen Unterlagen und Angaben beibringen (Name und Adresse des Absenders und Empfängers, Anlaufort, Sorte, Menge, Verpackung, Stückzahl). Bei Kartoffelsendungen, die nach Italien ausgeführt werden sollen, ist auch die Angabe des Inhabers der Einfuhrermächtigung unbedingt nötig. Die mit der Pflanzenzucht beauftragten Hauptstellen für Pflanzenzucht und Sachverständigen sind strengstens angewiesen, keine Zeugnisse auszustellen, bevor nicht die erforderlichen Angaben darin vollständig eingetragten sind.

(!) Theateraufführung. Am Sonntag, den 19. Februar d. J. veranstaltete die Dramatische Abteilung Karlsruhe die zweimalige Aufführung eines Theaterstückes. Die Veranstaltung begann mit einem wirklich guten Auftakt für den neu gegründeten Verein, denn die Nachmittag (Kinder)vorstellung sowie die Abendvorstellung wiesen einen guten Besuch auf. — Nach einer kurzen Begrüßung des Vorstandes wurde mit dem Programm begonnen. Humoristische Einlagen abwechselnd mit schmissigen Musikstücken der Harmoniekapelle waren in der Reihenfolge. Darauf folgte das bekannte Lustspiel „Der politische Schuster“, in dessen Wiedergabe sich die einzelnen Mitglieder des Vereins in geschickter Weise teilten. Das Theaterstück, das durch seine glockenschmetternde Komik wahre Hochschalpen hervorrief, fand überall ungeteilten Beifall. Einige Musikstücke der oben erwähnten Kapelle beschlossen dann den heiteren und genussreichen Abend.

C. M. S.

Heidelberg, Fer. IV. 22. Febr. hor. 1. oec. conf. Hor. 8. Congreg. Hor. 4. Convent. in Kolpinghaus (Ref. Dom. Gust. Schneider, deputatus).

Kath. Männerverein St. Stephan

Einladung zum Familien-Abend

am Mittwoch, den 22. Februar, abends 20.30 Uhr, im Schrempf, Saal III (Waldstraße 16).

Der Abend wird einen Lichtbildervortrag über einen Großkampftag im Westen und über den Weltkrieg überhaupt bringen und von Militärmusik und Soldatenliedern umrahmt sein.

Familienangehörige sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

HANDEL·WIRTSCHAFT·VERKEHR

Die Verwertungsmöglichkeit für Registermark

Die Wirkung auf die Börse

Die Commerz- und Privatbank befasst sich in ihrer neuesten Börsenrundschau mit dem soeben zustande gekommenen Stillhaltevertrag bzw. mit der Registermark. Das Institut beurteilt das „Deutsche Kreditabkommen 1938“ folgendermaßen: Sowohl vom Standpunkt Deutschlands als auch seiner Gläubiger ist das erzielte Ergebnis als zufriedenstellend anzusehen. Die Zinsermäßigung um ¼ bis ½ Proz. bleibt allerdings teilweise hinter den gehegten und darüber hinausgehenden Erwartungen zurück; auch die konzedierte Kürzung der Kreditlinien wird gelegentlich als störend empfunden, wenn auch damit keine Devisenverluste für Deutschland verbunden sein dürften.

Die Börse interessiert in erster Linie die Einrichtung der Registermark, d. h. die Abrede, dass innerhalb des nächsten Stillhaltejahres 50 bzw. 30 bzw. 20 Proz. der ausländischen Guthaben durch den Gläubiger mit entsprechender Frist gekündigt werden können, wobei die Rückzahlung durch den deutschen Schuldner auf das Konto der Treuhänder zu erfolgen hat. Der ausländische Gläubiger würde dann vor die Wahl gestellt werden, ob er sein Guthaben beim Treuhänder belassen oder ob er sich zum Kauf von Vermögensanlagen, wie Grundstücken, Hypotheken, Aktien oder Obligationen entschließen will.

Wenn man berücksichtigt, dass für diese Kündigungen etwa 800 bis 1000 Mill. RM. in Betracht kommen können, eine Ziffer, die freilich auch nicht entfernt erreicht werden wird, so wäre es immerhin denkbar, dass von den registrierten Markguthaben des Auslandes ein gewisser Ansporn auf die deutschen Effektenmärkte ausgeht, wengleich die Erfahrungen, die früher mit der sogenannten Schweizer Klausel gemacht worden sind, nicht ohne weiteres für eine solche Annahme sprechen. Die Schweizer Banken hatten es vielmehr zumeist vorgezogen, disponiblen Markbeträge aus der Stillhaltung in grossen Posten bei einzelnen Versorgungsgesellschaften usw. unterzubringen, von dem Gedanken ausgehend, dass die in solche Hände gegebenen Summen sich über kurz oder lang doch einmal durch eine Obligationenleihe würden konsolidieren lassen.

Im übrigen wird der ausländische Gläubiger noch vor eine weitere Alternative gestellt, wenn er sich damit befasst, von den jetzt zugestandenen Kündigungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen. Da nämlich die ausländischen Forderungen durchweg auf ausländische Währungen, insbesondere auf Dollar lauten, der Gläubiger aber die Rückzahlung nur in Reichsmark verlangen kann, so geht mit dem Augenblick der Rückzahlung das Valutarisiko auf den ausländischen Gläubiger über, soweit man heute überhaupt noch davon sprechen kann, dass etwa der Besitz von Reichsmark mit einem höheren Risiko als der Besitz anderer Währungen verbunden ist. Es wäre sogar denkbar, dass der ausländische Gläubiger von den ihm eingeräumten Kündigungsmöglichkeiten aus dem Grunde Gebrauch macht, um sich der Vorteile der stabilen Reichsmark zu versichern und weiteren Verlusten in der Währung des eigenen Landes zu entgehen.

Die Zinszahlung auf Kredite ausserhalb des Stillhalteabkommens

Der Reichswirtschaftsminister hat durch einen Runderlass vom 8. Februar 1938 den Devisenstellen die Grundsätze mitgeteilt, die für die Zinszahlung auf Kredite, welche nicht unter das Stillhalteabkommen fallen, sondern der Devisenbewirtschaftung unterliegen, massgebend sind. Der Runderlass enthält kein grundsätzliche Neuregelung, sondern stellt in erster Linie eine Zusammenfassung und nähere Ausgestaltung der für dieses Gebiet schon früher geltenden Grundsätze dar. Durch den Runderlass ist für die Devisenstellen insbesondere klargestellt, in welcher Höhe im Einzelfall die Transferierung von Zinsen genehmigt werden darf. Die Transferierung wird nur in angemessener Höhe zugelassen, wobei für die kurzfristigen noch nicht fälligen Kredite und für fällige Kredite allgemein die gleichen Sätze, welche die Stillhaltgläubiger erhalten, festgesetzt werden, während bei Mittel- und langfristigen Krediten in erster Linie die vertraglichen Abmachungen gelten und nur unangemessen hohe Zinsen nicht transferiert werden sollen, es sei denn, dass ein besonderer Härtefall auf Seiten des Gläubigers vorliegt. — Die bisher für die Frage der Transferierung von Zinsen geltenden Runderlasse sind durch den neuen Runderlass ausdrücklich aufgehoben worden.

Das deutsche Pilsener. Weil die deutschen Brauereien Bier mit der Bezeichnung „Pilsener“ zum Verkauf bringen, hat vor einiger Zeit das „Bürgerliche Bräuhaus“ in Pilsen (Pilsener Urquell) gegen eine Reihe deutscher Brauereien in Pilsen „unlauteren Wettbewerbs“ eine Klage angestrengt. Diese Klage ist nun vom 2. Zivilsenat des Reichsgerichts endgültig abgewiesen worden. In der Begründung heisst es, dass in dieser Angelegenheit bereits ein Urteil aus dem Jahre 1912 gegen Pilsen vorläge. Man müsse aber auch berücksichtigen, daß seit rund 30 Jahren die Pilsener Brauereien die Bezeichnung der deutschen Brauereierzeugnisse als Bier nach Pilsener Art geduldet hätten, ohne dagegen etwas zu unternehmen. Damit habe sich ein gewisses Gewohnheitsrecht herausgebildet. Es handele sich bei dem „Pilsener“ heute ohne Zweifel um eine Gattungsbezeichnung. Wenn deutsche Biere im Zusammenhang mit Ortsnamen als „Pilsener“ (z. B. Gottesberger Pilsener) bezeichnet werden, so sei damit die Ursprungsbezeichnung so deutlich vorhanden, daß jeder genau weisse, um welches Erzeugnis es sich handle. Das Urteil des Reichsgerichts bedeutet eine endgültige Anerkennung des deutschen Pilsener Bieres.

Heidelberger Schatzanweisungen wiederum notleidend. Wie schon vermutet wurde, kann die Stadt Heidelberg am 1. April die zu diesem Zeitpunkt fälligen Zinsen der 6 (früher 7proz.) Schatzanweisungen vom Jahre 1931 nicht bezahlen. Sie beruft daher für Montag, den 18. März eine Versammlung ein, von der sie die Bewilligung einer verlängerten Laufzeit der Anleihe erreichen will.

Neuer Verlustabschluss der Brauerei Wulle A.G. Stuttgart. Nach 575 714 RM. (806 424) Abschreibungen wird bei 802 Mill. AK ein Gesamtverlust von 804 844 RM. ausgewiesen, der sich durch Auflösung des Reservefonds auf 618 486 verringert und in dieser Höhe vorgetragen werden soll (i. V. vorderen 175 148 Verlust aus der Reserve gedeckt). GV. 15. März.

Kommen erhöhte Eisenzölle? Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Neubildung der internationalen Eisenverkaufsverbände will die Berliner Börsenzeitung aus „gut informierter Quelle“ erfahren haben, daß man in Regierungskreisen im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen der Eisenindustrie „einen volkswirtschaftlich notwendigen Schutz“ nicht werde versagen können. Dem M. N. N. wird auf Anfrage an zuständiger Berliner Stelle der Inhalt vorstehender Meldung zwar nicht offiziell bestätigt, wohl aber erklärt, daß man in Regierungskreisen diese Gedankengänge als durchaus folgerichtig ansieht. Hierzu wird vom Reichswirtschaftsministerium u. a. noch erklärt, daß die Herkunft dieser Meldung amtlich völlig unbekannt sei. Irgendwelche Beschlüsse oder Überlegungen über das, was in der Notiz

Weitere Agrarzölle

Das Reichskabinett hat nunmehr wiederum eine Reihe von Zollerhöhungen auf landwirtschaftlich und fischereiwirtschaftliche Erzeugnisse beschlossen, die jetzt im Reichsanzeiger veröffentlicht werden. Die Massnahmen stelen sich wie folgt dar:

Ackerbau

Um dem (durch die Zollpolitik) übersteigerten Getreideanbau entgegenzuwirken und auf andere Artikel abzulenken, werden die Zölle für Buchweizen, Speiseerbsen, Futterbohnen und Lupinen, Grünfütter und Heu erhöht, und zwar betragen die neuen Zollsätze für Buchweizen 10 RM., Speiseerbsen 30 RM., Futterbohnen und Lupinen 10 RM., Raygras- und Timotheesaat 30 RM., andere Grassaaten 50 RM., Grünfütter, Heu und Stroh 3 RM. je Doppelzentner.

Gartenbau

Es sind die Zölle für Rot-, Wirsing- und Weisskohl auf 8 RM. und für Salat auf 20 RM. je Doppelzentner erhöht, wobei allerdings für letzteren die noch bestehenden handelsvertraglichen Bindungen das Wirksamwerden des Zollsatzes für bestimmte Jahreszeiten noch nicht ermöglicht.

Vieh- und Milchwirtschaft

In Ergänzung der Verordnung vom 8. Februar 1938, durch die die Vieh-, Fleisch- und Schmalzölle erhöht worden sind, werden die Zölle für rohes Schweine- und Gänsefett, für Flomen „premier jus“ sowie für Rindertalg entsprechend geregelt werden. Ferner ist für Tafelkäse eine Erhöhung des Zollsatzes von 40 auf 90 RM. und für eingedickte Milch von 60 auf 90 RM. je Doppelzentner vorgenommen worden.

Fischerei

Der Zollsatz für frische Seefische beträgt in Zukunft 10 RM., für gefrorene 15 RM. je Doppelzentner, für Sprotten ist ein besonderer Zollsatz von 5 RM. je Doppelzentner festgesetzt, während frische Heringe wie bisher zollfrei bleiben. Die Zollsätze für Karpfen, Schleien, Forellen, Lachse und Hechte betragen in Zukunft 30 RM., für nicht lebende Fische dieser Arten 60 RM. je Doppelzentner, für Aale in der Zeit vom 1. Juni bis 30. November 60 RM., in der sonstigen Jahreszeit 10 RM. je Doppelzentner; der Zollsatz von 10 RM. gilt auch für alle übrigen Süßwasserfische.

steht, seien noch nicht in der Regierung vorgenommen worden. Anderserseits dürfte zugegeben werden, daß bei einem Scheitern der internationalen Verhandlungen selbstverständlich erwogen werden wird, welche Massnahmen zum Schutze der Eisenindustrie getroffen werden müßten.

91 Prozent der Bauarbeiter ohne Arbeit

Nach der monatlichen Arbeitslosenstatistik des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands waren im Reichsdurchschnitt Ende Januar 91,26 Proz. der Mitglieder arbeitslos. Die Verschlechterung gegenüber dem Vormonat beträgt 1,78 Proz. Im Dezember v. J. betrug die Arbeitslosigkeit 93,66 Proz. Im Jahre 1932 stand die Zahl der Beschäftigungslosen Ende Januar auf 92,29 Proz. Sie ist also gegen den Vergleichsmonat des Vorjahres um 1,12 Proz. gefallen. In den letzten sechs Jahren waren im Januar arbeitslos: 1927: 40,91, 1928: 40,60, 1929: 78,07, 1930: 65,1931: 80,48, 1932: 92,29 Proz.

Die hohe Winterarbeitslosigkeit erklärt sich nicht aus Witterungseinwirkungen, denn diese spielten am Stichtag dieser Erhebung keine Rolle. Sie ist vielmehr ausschliesslich eine Auswirkung der überdurchschnittlichen Katastrophe der deutschen Bauwirtschaft. Die von der Reichsregierung zum zweiten Male bereitgestellten Mittel für Hausreparaturen wirken sich augenblicklich weniger im eigentlichen Baugewerbe als in den Ausbaugewerben (Malereien, Ofensetzereien usw.) aus.

Börse

Berlin, 20. Febr. Die freundliche Grundstimmung, die in den letzten Tagen die Börse beherrscht hatte, hielt auch zu Beginn der neuen Woche an. Zwar konnte das Geschäft im Durchschnitt kein grösseres Ausmass annehmen, doch zeigte sich nach wie vor geringes Kaufinteresse des Publikums für verschiedene Spezialpapiere, und es wurde vor allem als ermutigender Faktor angesehen, dass die Kurschaft an ihrem Besitz festhält. Hinzu kamen Käufe aus Stillhaltgeldern, und im Zusammenhang hiermit stellte man weiter Betrachtungen über die Folgen des Stillhalteabkommens an. Die Beruhigung, die jetzt nach den Detroit Bankschwierigkeiten in Amerika Platz gegriffen hat, die gut behauptete Tendenz der New Yorker Börse vom Samstag, die beabsichtigte Ermässigung der Autosteuer und noch einige andere Momente haben sich natürlich günstig ausgewirkt.

Die Kurse wiesen zwar keine ganz einheitliche Haltung auf, doch überwogen Besserungen, die bis zu 2 Proz. gingen. Verschiedentlich waren auch kleine Rückgänge festzustellen, die aber kaum über ¼ Proz. hinausgingen. Darüber hinaus blühten El. Schlesien 1 ½ Proz. und Chade 8 ¼ M. ein. Stärker gefragt waren Harpener, Siemens, Rheinisch-Westf. El. Akkumulatoren, Stöhr, Reichsbank und Allg. Lokalbahn sowie Dt. Waffen, die sogar 2 ½ Proz. anzogen. Im Vordergrund des Interesses standen aber Rheinische Braunkohlen, die bei Plusnotiz 9 ¼ Proz. gewannen. Die bekannt gewordenen Einzelheiten über den neuen Dividendenantrittsvertrag zwischen RWE und Rhein. Braunkohle, der auf der Aufsichtsratsitzung bei Rhein. Braunkohle am 23. d. M. zur Beratung kommen wird, veranlassten das Rheinland und die hesige Spekulation zu Käufen.

Auch am Rentenmarkt schienen das Kaufinteresse anzuhalten. Im Verlaufe wurde das Geschäft allgemein etwas lebhafter und die Kurse konnten erneut bis zu 1,5 Proz. anziehen, wobei Kallpapiere, Siemens, Rhein. Braunkohle und Conti Gummi im Vordergrund standen.

Warenmärkte

Berliner Metallbörse vom 20. Febr. Elektrolytkupfer 46,75, Raffinadekupfer 40,50—41,50, Standardkupfer 88—88,50, Standardblei per Febr. 14,25—14,75, Original-Hüttenaluminium in Blöcken 160, in Walz- oder Drahtbarren 164, Banca, Straits-, Australzinn 220, Reinnickel 800, Antimon-Regulus 87—89, Silber 86—89,50.

Berliner Produktenbörse vom 20. Febr. Weizen märk. 195—197, Sommerweizen 198—200, März 209, Mai 210,50 bis 210,75, Roggen märk. 154—156, März 168, Mai 170, Braugerste 168—177, Futter- und Industrierste 160—167, Hafer märk. 121 bis 124, März 131,50—130,50, Mai 134,50—133, Weizenmehl 23,75 bis 26,60, Roggenmehl 20,40—22,40, Weizenkleie 8,45—8,95, Roggenkleie 8,70—9, Viktoriaerbsen 20—23, kleine Speiseerbsen 19,50—21, Futtererbsen 12—14, Pelusken 12—13,50, Ackerbohnen 12—14,50, Wicken 13,50—15,50, Lupinen, blaue 8,50—10, gelbe 11,50—12,75, Seradella, neue 17—23, Leinkuchen 10,60, Erdnusskuchen 10,50, Erdnusskuchennmehl 10,70, Trockenschrot 8,90, extrahiertes Sojabohnenschrot ab Hamburg 9,40, ab Stettin 10,80,

Eine entsprechende Regelung ist auch für die Zölle für zubereitete Fische erfolgt.

Bienenzucht

Als Ergänzung der in der letzten Zeit getroffenen organisatorischen Massnahmen zur Förderung des Absatzes deutschen Bienenhonigs wird der Zoll für Honig auf 80 RM. je Doppelzentner erhöht, um die besonders im Interesse des deutschen Obstbaues notwendige Hebung der Bienenzucht gegenüber den preisdrückenden Einflüssen der Einfuhr ausländischen Bienenhonigs zu gewährleisten.

Holz

Hervorzuheben ist insbesondere die Erhöhung des Zolles für hartes Rundholz auf 86 Pfg. und für stärkeres Nadelrundholz auf 40 Pfg. je Doppelzentner. Dementsprechend sind die Zölle für Schnittholz aus hartem Holz auf 3 RM. und für solches aus Nadelholz auf 2,50 RM. je Doppelzentner festgesetzt. Die Zölle für Holzwaren sind entsprechend gestaltet worden. Diese Neuerungen treten am 1. März in Kraft.

*

Die neuen Holzölle

Die entscheidende Zollbindung durch den deutsch-schwedischen Handelsvertrag ist mit dem Ablauf der Kündigungsfrist am 15. Februar gefallen. Somit müssen alle auf dieser Meistbegünstigungsklausel aufgebauten Holzolltarifsätze eine neue Fassung bekommen. Bedeutsam ist der neue Zollsatz für die Positionen Rundholz und Schnittholz. Rein zahlenmässig ist die Veränderung: Schnittholz hart: 3 Mk. je dz, früher 2 Mk., gefordert wurden vom Reichswirtschaftsrat 3 Mk.; weich: 2,50 Mk., früher 1 Mk., gefordert wurden vom Reichswirtschaftsrat 3 Mk.; Rundholz: hart: 0,38 Mk. je dz, früher 0,24 Mk. (über 7m lang und über 22 cm stark). Rechnen wir diese Sätze auf den Festmeter um, so erhalten wir folgende Zahlen: Schnittholz hart 24 Mk. je fm, weich 15 Mk. je fm, Rundholz hart 8,24 je fm, weich 2,40 je fm. Zum grossen Teil hat also der Reichswirtschaftsrat seine Forderungen erfüllt bekommen, trotz dem heftigen Widerstand der Verbraucherkreise.

Speisekartoffeln, weisse 1,15—1,25, rote 1,25—1,35, gelbe, ausser Nieren 1,45—1,55.

Mannheimer Produktenbörse vom 20. Febr. Weizen inl. 21,50—21,75, Roggen inl. 17,25—17,50, Hafer inl. 14,50 bis 14,75, Sommergerste inl. 18,50—20, Futtergerste 17,75—18, Sojabrot 10,25—10,40, Trockenschrot lose 7,75—7,90, Wieseneheu 4,80—5,20, Rotkleeheu 4,80—5,20, Luzernkleeheu 5,60—6,20, Stroh, Presstroh Roggen-Weizen 2,60—2,80, Hafer-Gerste 2,20 bis 2,60, geb. Stroh, Roggen-Weizen 2,40—2,60, Hafer-Gerste 2—2,20, Weizenmehl Spezial 0 mit Austauschweizen 80,50—80,75, Roggenmehl 22,50—24,75, Erdnusskuchen 11,60—11,75. Tendenz: stetig. Während der Vormittagsstunden war die Tendenz fest bei kleinem Angebot. Im Nachmittagsverkehr war man auf schwächeres Berlin zurückhaltend. Südd. Weizen-Auszugsmehl 8 RM. höher, Weizen-Brotmehl 8 RM. niedriger als Spezial 0.

Karlsruher Viehmarkt vom 20. Febr. (Amtlicher Bericht.) Ochsen (Zufuhr 30 Stück): a) 1. junge 26—30, 2. ältere 24—26, b) 1. junge 23—25, 2. ältere 21—23, c) 19—21, d) 18—19, Bullen (88 Stück): a) 28—34, b) 20—21, c) 19—20, d) 16—18, Kälber (40 Stück): b) 19—21, c) 15—18, d) 10—15, Färsen (102 Stück): a) 26—32, b) 18—24, Kälber (110 Stück): b) 38—40, c) 35—38, d) 31—35, e) 19—24, Schweine (810 Stück): b) 46—48, c) 45—48, d) 42—46, e) 40—42, g) 32—36. Beste Qualität über Notiz bezahlt. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern erogene Tiere und schliessen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. Tendenz des Marktes: Grossvieh mittelmässig, geräumt. Schweine lebhaft, geräumt. Kälber mittelmässig, geräumt.

Volkswirtschaftliche Literatur

Die Wirtschaftskurve, unter Mitwirkung der „Frankfurter Zeitung“, herausgegeben von Ernst Kahn. Heft IV, 1938. 11. Jahrgang. Societäts-Verlag, Frankfurt a. M. Preis: Einzelheft 2,70 RM., Jahresabonnement (4 Hefte) 8,80 RM.

Im Vordergrund des neuen Heftes steht die Frage der sogenannten „Ankurbelung der Wirtschaft“. Diese wird auf ihren Ursprung und ihren Gehalt von Dr. J. Soudek untersucht. Die interessanteste Maßnahme zur Ankurbelung stellt zweifellos die Schaffung von Steuergutscheinen dar; Prof. Dr. W. Sulzbach behandelt die möglichen Folgen für eine Kreditausdehnung auf Grund der Ausgabe dieser Steuergutscheine. Die Entwicklung der Reallohne und der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, am Beispiel der Metallarbeiter gezeigt, betrachtet Dr. Käthe und Dr. Franz Fürth, die Zukunft der öffentlichen Finanzen, wie sie sich zum Schluß des Budgetjahres darstellen werden, ist der Gegenstand eines Artikels von Prof. Dr. F. Neumark. Eine auch unter konjunkturellen Gesichtspunkten beachtenswerte Entwicklung hat in den letzten Monaten der deutsche Rentenmarkt durchgemacht; Dr. E. Wolfgang zeigt die Sonderbewegungen der einzelnen Rentengruppen; Dr. F. Rosenstiel behandelt diesmal die Liquiditätsprobe, die die einzelnen Bankanlagen im Run zu bestehen hatten. Heinz Heymann stellt die Entwicklung der Weltkupferwirtschaft u. ihren künftig notwendig werdenden Umbau dar; Dr. O. Hirschfeld zeichnet ein Bild von dem internationalen Wettlauf um Subventionen in der Schifffahrt. In den Konjunkturberichten wird festgestellt, daß die Weltwirtschaft, besonders auch die deutsche Wirtschaft, das Stadium der Krise überwunden hat und in das der Stockung eingetreten ist.

Berliner Devisennotierungen

Geldkurse
festgestellt von der Berliner Bedingungs-gemeinschaft zusammen mit der Reichsbank.

	18. 2.	20. 2.	18. 2.	20. 2.
Buenos-Aires	0 833	0 833	Italien	21,48
Kanada	3 596	3 596	Jugoslawien	6,254
Japan	0 289	0 289	Kuwait	41,83
Kairo	14,83	14,85	Kopenhagen	64,29
Konstantinopel	2 008	2 008	Lissabon	13,16
London	14 45	14,47	Oslo	73,93
New York	4 209	4 209	Paris	16,95
Rio de Janeiro	0 239	0 239	Prag	12 46
Uruguay	1 648	1 648	Reykjavik	65,18
Amsterdam	169 83	169,83	Riga	78,72
Athen	2 264	2 264	Schweiz	81,48
Brüssel	58,77	59,91	Sofia	3,05
Bukarest	2 488	2 488	Spanien	34,72
Budapest	—	—	Stockholm	78,92
Danzig	82,02	82,17	Tallinn	110,58
Helsingfors	6 291	6 284	Wien	48,48

